

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

„Tagblatt-Hand“

Schalter-Gasse geöffnet von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends

Wöchentlich

12 Ausgaben.



Preis:

„Tagblatt-Hand“ Nr. 6650-53.

Von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, außer Sonntagen

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: 70 Hg. monatlich, Nr. 2.— vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Bringerlohn. Nr. 3.— vierteljährlich durch alle deutschen Postämter, ausserhalb des Reichsgebietes. — Bezugs-Beziehungen nehmen ausserdem entgegen: in Wiesbaden die Verlagsdruckerei, in anderen Orten die Postämter, in denen die Ausgabebezüge in allen Teilen der Stadt, in Wiesbaden: die dortigen Postämter und in den benachbarten Orten und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Träger.

Anzeigen-Preis für die Zeile: 15 Hg. für lokale Anzeigen im „Wiesbadener Tagblatt“ und „Wiesbadener Anzeiger“ in einseitiger Spalte; 20 Hg. für auswärtige Anzeigen, 1 Hg. für lokale Anzeigen, 2 Hg. für auswärtige Anzeigen. — Ganze, halbe, dritte und vierte Seiten, durchgehends, nach oben, unten, rechts, links. — Bei wiederholter Aufnahme ununterbrochener Anzeigen in kurzen Zeitintervallen entsprechende Rabatte.

Anzeigen-Kontak: Für die Abends-Ausgabe bis 10 Uhr mittags; für die Morgen-Ausgabe bis 8 Uhr nachmittags. Berliner Redaktion des Wiesbadener Tagblatts: Berlin-Wilmersdorf, Wilmersdorfer Str. 66, Fernspr.: Amt Umland 450 u. 451. Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Wochentagen wird keine Gewähr übernommen.

Freitag, 13. Februar 1914.

Morgen-Ausgabe.

Nr. 73. - 62. Jahrgang.

Neue Gesetze in Preußen.

Von Justizrat Lippmann (Stettin).

Mitglied des preuß. Abgeordnetenhauses.

Der Entwurf einer Novelle zum Landesverwaltungs-Gesetz beschäftigt zurzeit das Herrenhaus. Es ist die Frucht jahrelanger Arbeit der durch Kabinettsorder vom 7. Juni 1909 zusammenberufenen Immediat-Kommission zur Vorbereitung der Verwaltungsreform. Der Reformplan, der den Beratungen dieser Kommission zu Grunde lag, ging insbesondere auf Vereinfachung und Dezentralisation des Geschäftsganges, des Behördenaufbaues und der Rechtsmittel. Den Beratungen dieser Kommission entsprang zunächst der Allerhöchste Erlass vom 17. Juni 1910, betreffend „Grundzüge für eine vereinfachte Geschäftsordnung der Regierungen“, dann das Gesetz „zur Abänderung der Vorschriften für die Annahme und Prüfung der Rechnungen“ vom 23. März 1912 und der Allerhöchste Erlass vom 28. Juni 1912, betreffend „Abänderung und Ergänzung des Reglements über den Geschäftsgang bei der Oberrechnungskammer“. Diesen kleineren Änderungen soll nun, als Schluß der Reform, der dem Herrenhaus vorliegende Entwurf zur Änderung des Landesverwaltungs-Gesetzes folgen.

Das Herrenhaus hat in einer Resolution vom 1. April 1908, das Haus der Abgeordneten in einer solchen vom 4. April 1908 die Staatsregierung zur Herbeiführung einer Reform der allgemeinen Landesverwaltung aufgefordert. Die Staatsregierung wurde insbesondere aufgefordert, dabei im Sinne der Dezentralisation vorzugehen und besonders auf eine Stärkung der Lokalinstanz Bedacht zu nehmen. Das sollte im Sinne der Antragsteller heißen, daß die Zuständigkeit und Befugnisse der Landräte erweitert und die Landratsämter zu kleinen Regierungen umgebildet würden.

Dies zu tun hat die Staatsregierung im vorliegenden Entwurf abgelehnt. Dagegen hat sie den Geschäftskreis der Regierungen erweitert, indem einzelne Entscheidungen der Zuständigkeit des Oberpräsidenten entzogen und der der Regierungen unterstellt sind. Sie hat ferner die Stellung der Regierungspräsidenten völlig geändert. An Stelle der bisherigen Kollegialverfassung soll die Bureauverfassung treten, d. h. aus den selbständig votierenden Regierungsräten werden im wesentlichen Mitarbeiter des Regierungspräsidenten mit beratender Stimme, während die Entscheidung allein beim Regierungspräsidenten liegt. So sind denn auch die Abteilungen für Kirchen- und Schulwesen sowie die für direkte Steuern, Domänen und Forsten, die früher selbständig entschieden, aufgehoben. Für Berlin hat das unter anderem die Bedeutung, daß statt der Abteilung für Kirchen- und Schulwesen in allen Kirchen- und Schulanlegenheiten fortan der Polizeipräsident allein entscheidet.

Auch insoweit wird die Zuständigkeit der Regierungen, also des Regierungspräsidenten, erweitert, als die Aufhebung der Generalkommissionen durch das Gesetz vorgesehen wird, und die Generalkommission zu Königsberg durch das Gesetz schon aufgehoben wird. Ihre Geschäfte werden den Regierungen übertragen.

Wenn man auch der Staatsregierung darin Recht geben muß, daß sie es abgelehnt hat, die Zuständigkeit der Landräte zu erweitern, so fragt es sich doch, ob nicht der dort vermiedene Fehler bei der Erweiterung der Zuständigkeit des Regierungspräsidenten und bei der Beseitigung der Kollegialverfassung der Regierungen dennoch begangen ist. Die Kollegialverfassung der Regierungen hat sich bewährt. Die Zurückdrängung des Einflusses der Räte zugunsten der Erhöhung der Stellung des Regierungspräsidenten war nicht erforderlich und gefährdet die Ruhe und Sachlichkeit der Entscheidungen. Noch bedauerlicher ist die beabsichtigte Aufhebung der Generalkommissionen, deren bisherige Arbeit jedes Lob verdient und deren bewährte Erfahrung die Durchführung der inneren Kolonisation in erster Reihe anzuvertrauen wäre.

Zugegeben muß werden, daß das Gesetz für das Verfahren und den Instanzenzug eine ganze Reihe von Vereinfachungen und Verbesserungen bringt. Auch die Einführung einer Kammer für Abgabefachen, die sich im wesentlichen mit der Entscheidung über Gemeindeabgaben befassen will, wird zur Vereinfachung und Verbesserung des Verfahrens führen, ebenso die Einführung von Abteilungen bei den Bezirksausschüssen für einzelne Geschäftszweige. Zu bedauern ist aber, daß nunmehr bei Streitigkeiten über Gemeindeabgaben die Revision beschränkt ist; jedoch hat sich dies im Interesse der Entlastung des Oberverwaltungsgerichts nicht vermeiden lassen.

Im ganzen kann man sehr zweifelhaft sein, ob die großen Nachteile, die in der Beseitigung der Kollegialverfassung der Regierungen und in der Aufhebung der Generalkommissionen zu erblicken sind, durch die Verbesserung des Verfahrens wettgemacht werden. Und selbst wenn man das zugeben will, so liegt eine Gefahr auch darin, daß man nicht wissen kann, was in den Händen des Herrenhauses und des Abgeordnetenhauses noch aus diesem Gesetz werden kann, ob nicht insbesondere, ihrem alten Wunsch folgend, die Majoritäten dieser Häuser versuchen werden, die Zuständigkeit der Landräte im Sinne ihrer früheren Beschlüsse durch Abänderung dieses Gesetzes zu erweitern. Was das für die innere Verwaltung zu bedeuten hätte, bedarf keines Kommentars.

Noch ein anderes Gesetz, das Gesetz über Familienfideikommiss, ist zunächst dem Herrenhaus zur Beratung überwiesen; man kann sagen, an sich mit Recht, da im Herrenhaus sehr viel Sachverständige, nämlich Fideikommissbesitzer, sitzen. Aber —

es gab einmal eine preussische Verfassung, in der es hieß: „Fideikommiss werden aufgehoben.“ Es gab auch einen preussischen Ministerpräsidenten, der die innere Kolonisation die wichtigste Aufgabe der Jetztzeit nannte. Die Verfassung, die die Fideikommiss aufhob, gibt es nicht mehr. Den Ministerpräsidenten aber, der die innere Kolonisation gewaltig fördern wollte, gibt es noch. Und der bringt zunächst ein Gesetz über Fideikommiss ein. Difficile est satiram non scribere.

Wenn man den Entwurf liest, so sieht man mit Erstaunen, daß ein Fideikommissbesitzer ein Mann ist, der — nach dem Entwurf — jeder unwirtschaftlichen Handlung verdächtig ist. So werden denn alle seine Handlungen unter eingehende Kontrolle der Familie, insbesondere aber eines Familienpflegers gestellt. Und die Aufsicht ist strenge und ins einzelne gehend und — die Familie kann den Fideikommissfolger wegen ehrofen und unsittlichen Lebenswandels des Rechtes entziehen, das Fideikommiss zu besitzen, und tritt nicht nur er, sondern seine ganze Linie in der Nachfolgeordnung hinter die Linie desjenigen Anwarts zu, der an seiner Stelle zum Fideikommiss befähigt gelangt.

Die Aufgaben des Fideikommisses fallen auch zum erheblichen Teile nicht dem Fideikommissbesitzer zu, sondern werden zu einer Verbesserungsmasse und ferner zu einer Versorgungsmasse verwendet. Die erstere Masse soll zur Erhaltung und nachhaltigen Verbesserung des land- und forstwirtschaftlichen Besitzes dienen, aus der anderen sollen Witwen, Kinder und Enkel früherer Fideikommissbesitzer versorgt werden.

Aber die Verwaltung einer Forst z. B. ist ein besonderer Wirtschaftskreislauf, den bei Säumigkeit des Fideikommissbesitzers der Familienpfleger verfehlt. Überall fungieren auch sonst in der Beaufsichtigung der Wirtschaft der Familienpfleger, die Familie und über ihm die Aufsichtsbehörde, das zuständige Oberlandesgericht. Letzteres kann dem Fideikommissbesitzer auch die Verwaltung ganz entziehen und sie dem Familienpfleger übertragen, wenn durch das Verhalten des Fideikommissbesitzers oder durch seine ungenügende Vermögenslage die Gefahr einer erheblichen Schädigung des Fideikommissvermögens begründet erscheint. Alles zum höheren Glanze der Familie, der damit und mit der oben erwähnten Abhängigkeitsmöglichkeit die volle Herrschaft über Fideikommiss und Fideikommissbesitzer gewährleistet wird.

Erscheint danach schon der Fideikommissbesitzer nicht gerade durch das Gesetz begünstigt, so ist es noch weniger der Gläubiger des Fideikommissbesitzers. Nur wenn die Familie dies genehmigt, haften ihm der Stamm des Fideikommissvermögens. Wenn das nicht der Fall ist, haften ihm nur die Einkünfte des Fideikommissvermögens, aber auch diese im Gegensatz zum bisher geltenden Rechte nur beschränkt. Die oben erwähnten,

An der russischen Riviera.

Ein Reisebild vom Schwarzen Meer.

Von Oskar Grossberg (St. Petersburg).

Rußland ist ein sonderbares Land, — ein Land voll unvereinbarer Widersprüche; es verfügt über unermessliche Naturkräfte, und es ist bis über die Ohren verschuldet; es hat in der sog. „Schwarzerde“ den herrlichsten Weizenboden von der Welt und die ärmsten Bauern; der Kopfverbrauch von Alkohol ist in Rußland viel geringer, als in jedem anderen Kulturlande, und doch raucht Dämon Alkohol in Rußland die meisten Opfer dahin. Und so tragen Rußen auch jährlich weit über hundert Millionen Rubel in die Sommerfrischen und Kurorte des Auslandes, und doch verfügt Rußland über eine große Anzahl wunderbarer Quellen und über Gegenden, die an Majestät und Unberührtheit der Natur, an Günstigkeit des Klimas und herrlicherer Luft der Vegetation alles hinter sich lassen, was in dieser Beziehung in Europa vorhanden ist. Wer je den Kaukasus besucht hat, wird zugeben, daß das nicht zuviel gesagt ist, denn es gibt in Europa keinen Fied Erde, der mit dem Küstengebiet des Kaukasus, das man die „Riviera des Pontus“ nennt, in diesen Beziehungen sich messen könnte. Dieses Gebiet, dem man, um im Rahmen des Absonderlichen zu bleiben, einen aus Westeuropa entlehnten Namen beigelegt hat, erstreckt sich an der Westküste des Schwarzen Meeres von Noworossisk bis Batum an der türkischen Grenze. Wenngleich der Kaukasus sich seit nunmehr gut fünfzig Jahren im ungestörten Besitze Rußlands befindet und die kriegerischen Völker, deren Zahl Legion ist, nicht mehr daran denken, sich gegen den weißen Jaren aufzulehnen, so ist dieser Küstenstrich, auf dessen Schönheiten und Reichtum ganz zuerst der verdorbene Direktor des Kaukasischen Museums in Tiflis, Gustav Radde, aufmerksam gemacht hatte, erst vor knapp fünfzig Jahren recht eigentlich

entdeckt worden. Seither haben sich in dem etwa 200 Geviertkilometer großen Gebiet zahlreiche Vertreter der Geburtsaristokratie und der Hochfinanz angelockt und einen freilich vorläufig noch geringen Teil des Landes in einen Garten von unermesslicher Fruchtbarkeit umgewandelt. Neben dem herrlichsten Obst gedeihen dort Apfelsinen, Mandarinen, Lee, Bambus, Palmen, Tabak und andere kostbare Kulturpflanzen in einer Fülle, wie man sie nur in diesem überreich subtropischen Gebiete finden kann. Die Leute, die hier Besitz erworben haben, — zu diesen gehören auch einige Großfürsten und die Verwaltung der kaiserlichen Güter — stehen vor beinahe unbegrenzten Möglichkeiten in der Kultur kostbarer Kulturpflanzen. Die überaus günstigen wirtschaftlichen Chancen dieses Gartens Eden werden nach der Vollenendung der Schwarzmeer-Bahn ins Ungemessene gesteigert werden. Doch schon jetzt muß vor den Naturschönheiten und dem strebenden Reichtum dieses Gebiets die vielgerühmte Nordküste des Mittelmeeres verbleichen.

Die Riviera des Pontus eröffnet für tatkräftige Menschen ein ebenso interessantes wie materiell dankbares Wirkungsgebiet. Auch dem Globetrotter, dem der Erdball schon längst viel zu eng geworden ist, erschließt sich eine neue, ungemein ergiebige Provinz von höchster Eigenart. Freilich ist es noch nicht ganz leicht, dorthin zu gelangen, denn die Küsteneisenbahn reicht noch recht weit im Felde; gegenwärtig benutzt man von Noworossisk aus den Dampfer, der die Verbindung zwischen dem Nord- und dem Südufer des Pontus aufrecht erhält und alle bewohnten Punkte des Gebiets anläuft.

Die Berle unter den Plänen am Schwarzmeeresufer gebührt fraglos dem klimatischen Kurort Gagra, der seine Entstehung ausschließlich der Talfrucht und der Umficht des Prinzen Alexander Petrowitsch von Oldenburg verdankt. Auf einem der schönsten Punkte dieses begnadeten Landes hat der Prinz aus einer Wildnis im Laufe weniger Jahre mit Anwendung enormer Mittel ein Paradies, einen Kurort geschaffen, der es in Komfort und Luxus sowie Gewähltheit der

Gesellschaft mit den vornehmsten westdeutschen Kurorten durchaus aufnehmen kann. Es ist, wie gesagt, nicht leicht, nach Gagra zu gelangen, denn der Pontus hat alle Tücken, wegen derer er seit altersher mit allem Recht verrufen ist, bewahrt. Man kann aus Noworossisk bei schönem Wetter ausfahren, und schon nach ein paar Stunden kann sich das bis dahin still atmende Meer in einen brodelnden Kessel verwandeln, auf dem Schiffe und Boote wie Späne umhergewirbelt werden. Unter solchen nicht gerade selten eintretenden Umständen ist natürlich weder an eine Landung in Gagra, noch an sonst einen der offenen Orte der Küste zu denken, sondern man muß sich in Geduld schiden, nach Batum dampfen und sein Glück auf der Rückfahrt versuchen, wo man dann wie ein Postpalet in eine Felsde verladen wird, die den Passagier durch die Brandung wohlbehüten an Land bringt. Hier wird man nun freilich für alle etwa ausgestandenen Mühen überreich entschädigt, denn Gagra ist nicht nur ein Juwel an landschaftlicher Schönheit, sondern es bietet auch jeden nur erdenklichen Komfort; unerschöpfliche Wildheit und äußerste Verfeinerung kultivierter Lebensführung fließen hier ganz eigenartig zusammen.

Während unmittelbar hinter dem Kurort, über dem auch im Winter ein ewig heiterer und ewig linder Himmel lacht, wilderflutete und mit einer übermächtig wuchernden Vegetation bedeckte Gesteinsmassen aufragen, prominent auf den wohlgepflegten Wegen des Kurortes unter blühenden Kameilien, Rosen, gigantischen Palmen und Magnolien eine Menge, die an raffinierter Eleganz nichts zu wünschen übrig läßt. In die Töne des feinsten Orchesters mischt sich das Rauschen reißender Bergströme, das Schreien der Vögel oder das Brechen der Wellen. Um die elektrischen Bogenlampen freien in der Linder, fälschlich dunkeln Nacht mächtige, bunte Falter und das Meer murmelt seine ewige Melodie.

Der scharfe Gegensatz zwischen dem schwül parfümierten Treiben der zum großen Teil hocharistokratischen Kurgesellschaft

aus den Einkünften gebildeten Verbesserungs- und Versorgungsmassen nämlich sind seinem Zugriff entzogen. Er kann seine Befriedigung nur durch Verdrängen der Vermögensverwaltung erreichen. Die Vermögensverwaltung läßt aber die bisher erwachsenen Verbesserungs- und Versorgungsmassen unberührt. Nur bei der Verteilung der künftigen Früchte geht der Anspruch des Gläubigers den Ansprüchen dieser Massen vor.

Dah bei den hier in Betracht kommenden Familien die Bestimmungen des „bürgerlichen“ Rechtes durchbrochen werden und für die Fideikommißberechtigungen uneheliche Kinder nicht zur Familie ihrer Mutter, für eheliche nicht zur Familie ihrer Eltern gehören, ist ja bei dem ganzen Geiste des Gesetzes nicht verwunderlich. Verwunderlich erscheint vielleicht das vom Gesetz neugebildete Wort „Fideikommißanmacher“. Das ist jemand, der zu Unrecht etwas vom Fideikommiß besitzt.

Und die innere Kolonisation? Ihr will man dadurch gerecht werden, daß man für die Zukunft die Maximalgröße des fideikommißarischen zu bindenden landwirtschaftlichen Besitzes auf 2500 Hektar festsetzt und daß man die Fideikommißbildung in Kreisen, wo bereits zehn vom Hundert der landwirtschaftlich genutzten Fläche gebunden sind, davon abhängig macht, daß sie „besonderen öffentlichen Zwecken“ dient. Es soll ferner vor der Widmung oder Einberaubung von bauerlichen Grundstücken zu Fideikommiß der Bezirksausschuß gehört werden.

Diese Vorschriften sind aber doch nur dürftige Mäntelchen für die eminente Kolonisationsfeindlichkeit des ganzen Fideikommißwesens. Will man wahrhaft innere Kolonisation treiben, so ist die Rückkehr zu dem alten Grundsatze: „Fideikommiße werden aufgehoben“ unerlässlich, nicht aber ein Fideikommißgesetz wie dieses. Und der Aufhebung der Fideikommiße sollte man ein Gesetz über die allmähliche Aufteilung der Domänen folgen lassen.

Deutsches Reich.

* **Bayerische Wünsche zum Zolltarif.** Die bayerische Abgeordnetenkammer hat Anträge zu der Erneuerung der Handelsverträge angenommen. Die bayerische Regierung soll im Bundesrat darauf hinwirken, daß für die Werke ein einheitlicher Zoll von 4 M. zur Einführung gelangt und der Hopfenzoll erhöht wird. Angenommen wurden auch Anträge auf Vorlage eines Reichsgesetzes, betreffend den Schutz von Futter- und Düngemitteln.

* **Warum Kardinal Kopp an Cypersdorff schrieb.** Die „Germania“ veröffentlicht eine Zuschrift, welche die Gründe zu kennen vorgibt, die den Kardinal Kopp betrogen haben, den berühmten Brief an den Grafen Cypersdorff zu schreiben. Kreise der christlichen Gewerkschaften hatten behauptet, der Kardinal habe aus Abneigung gegen die selbständige Arbeiterbewegung gehandelt. Dazu bemerkt die Zuschrift: „Sollte denn in diesen Kreisen nicht bekannt sein, daß die Enghilfs-Interpretation vom 24. November 1912 in Rom sehr befreundet hat, und daß man besonders infolge des fortgehenden Streites und des Kölner Prozesses sich dort veranlaßt fühlte, die Enghilfsfrage klarzustellen? Um das zu erreichen, hat, wie ich von zuverlässiger römischer Seite erfahre, das päpstliche Staatssekretariat dem Kardinal Kopp den Wunsch ausgedrückt, seinen längst vollzogenen Rücktritt von der Enghilfs-Interpretation auch öffentlich kundzugeben. Diesem Wunsch hat der Kardinal um so bereitwilliger nachkommen können, als er diese Interpretation schon längst als wirkungslos und verwerfend erkannt hat. Das ist des Rätsels ebenso einfache wie zweifelloste Lösung.“ — Nach dieser Zuschrift geht also das Schreiben des Kardinals auf eine unmittelbare Weisung der Kurie zurück.

* **Alteinfriedungen für Industrie- und Landwirtschaftsarbeiter.** Vorbildliche Alteinfriedungen für Arbeiter der Industrie und Landwirtschaft schafft der Verein für soziale innere Kolonisation Deutschlands, E. V., Pöhlendorf, auf seinen Kulturarbeitstätten in Neppen und Pöhlendorf, und in nächster Zeit werden ebenfalls Alteinfriedungen vom

Verein in Pöhlendorf und Pöhlendorf sowie in mehreren westdeutschen Gegenden geschaffen werden. Dem Verein ist es durch Bewilligung von Betriebsdarlehen seitens verschiedener Großstädte möglich gemacht worden, seine Arbeit in großem Maße aufzunehmen und auf diese Weise ordentlichen Familien, die sich nach einem eigenen Hause und nach einem eigenen Garten sehnen, diese Sehnsucht zu erfüllen. Statt hoher Miete zahlen die Anwohner einen kleinen Jahreszins, von dem noch ein beträchtlicher Teil ihnen als Spargeld mit Zins und Zinseszinsen gutgeschrieben wird. Da jetzt die Verträge abgeschlossen werden müssen und die Stellen vergeben werden, empfehlen wir allen, die eine solche günstige und wirtschaftliche Anstellung übernehmen wollen, sich recht bald an die Geschäftsstelle des Vereins für soziale innere Kolonisation Deutschlands, E. V., Pöhlendorf, Gartenstraße 23, zu wenden.

* **Der Deutsche Rinderbund zum Gesetz über die Sonntagsruhe.** Der Deutsche Rinderbund hat der Kommission des Reichstags zur Beratung des Gesetzentwurfs über die Sonntagsruhe folgende Resolution mitgeteilt: „Der Deutsche Rinderbund richtet an den hohen Reichstag das ergebene Ersuchen, den vorliegenden Gesetzentwurf über die Regelung der Sonntagsruhe so umzuändern, daß als Regel die volle Sonntagsruhe angenommen wird und Ausnahmen nur in möglichst geringem Maße für die Lebensmittelbranche zugelassen werden.“

* **Bei der Königl. Gärtnereischule in Berlin-Dahlem** finden im Jahre 1914 neun Sonderlehrgänge für Obst- und Gemüsebau sowie für Blumenbinderei und wissenschaftliche Bienenzucht statt.

* **Ein großer deutscher Pilgerzug nach Lourdes** wird auch in diesem Jahre wieder stattfinden. Führer ist der Pfarrer Scheidweiler in Berlin-Reinickendorf, der auch in früheren Jahren die Lourdes-Pilgerzüge organisiert und geleitet hat.

Heer und Flotte.

Der Auslandsdienst der Flotte. Im kommenden Staatsjahr werden nach amtlicher Angabe 2 große Kreuzer, 8 kleine Kreuzer, 6 Kanonenboote, 2 Torpedoboote, 3 Flugkanonenboote, 2 Vermessungsschiffe, 2 Reilboote, 1 Stationschiff und 1 Begleiddampfer ständig den Auslandsdienst ausüben. Das sind 27 Kriegsschiffe und Kriegsfahrzeuge. Bisher waren 25 tätig: 2 große Kreuzer, 8 kleine Kreuzer, 8 Kanonenboote, 2 Torpedoboote, 3 Flugkanonenboote, 2 Vermessungsschiffe, 1 Stationschiff und 1 Begleiddampfer. Das Mehr machen die Reilboote 3 und 4 aus, die auf der australischen Station Verwendung finden und das Vermessungsschiff „Planet“ in der für unseren Handel wichtigen Vermessung der dortigen Gewässer unterstützen werden. An Stelle zweier Kanonenboote treten 2 kleine Kreuzer. Es ist bereits angeordnet worden, daß das Kanonenboot „Konkord“ heimkehren soll. Veraltet ist außerdem das Kanonenboot „Kormoran“. Der kleine Kreuzer „Königsberg“ geht im Frühjahr als Stationär nach Ostafrika.

Ausland.

Frankreich.

Das Budget für 1915. Paris, 12. Febr. Der von dem radikalen Deputierten und ehemaligen Minister Clementel abgefaßte Generalbericht über das Budget für 1915, der in der heutigen Kammer Sitzung zur Verteilung gelangen wird, beziffert die Gesamtausgaben auf 5091 Millionen, doch sind darin weder die Ausgaben für Marokko im Betrage von 232 635 000 Franken, noch die außerordentlichen Ausgaben für Heer und Flotte eingebracht, die in besonderer Rechnung geführt und durch besondere Anleihen gedeckt werden sollen. Die normalen Einnahmen werden auf 4 789 000 000 Franken veranschlagt, so daß sich ein Fehlbetrag von 302 Millionen ergibt, der teils aus den zu erwartenden Überschüssen, teils durch Ausgabe kurzfristiger Schatzscheine gedeckt werden soll. Der Bericht Clementels stellt fest, daß die Staatsausgaben seit 10 Jahren um 1500 Millionen gestiegen sind, wovon für die Vermehrung der militärischen Ausgaben 553 Millionen und auf die sozialpolitischen Ausgaben 234 Millionen entfallen. Außerdem wurde die Ver-

mehrung der Ausgaben um 297 Millionen durch die Verteuerung der Lebensmittel, um 65 Millionen durch die Verstaatlichung der Westbahn und um 373 Millionen durch die Ausgestaltung der verschiedenen Dienstzweige verursacht.

Gehaltsforderungen der Post- und Steuerbeamten. Paris, 12. Febr. An 8000 Postbeamte und Angestellte der Verwaltung der indirekten Steuern sagten in einer heute nacht abgehaltenen Versammlung einen Beschlus antrag, in dem sie verlangten, daß ihnen eine Erhöhung ihrer Bezüge und zwar zu demselben Zeitpunkt wie den Offizieren gewährt werde.

England.

Lloyd George über Homerule. London, 12. Febr. Im weiteren Verlaufe der Debatte im Unterhause verteidigte Lloyd George die Politik der Regierung, die Mittelungen der beabsichtigten Änderungen zur Homerulebill zu verschleppen und erklärte, daß die Veröffentlichung der einzelnen Vorschläge im gegenwärtigen Stadium den Frieden nicht fördern, sondern hindern würde. Die Regierung werde in geheimer Reihenfolge die Vorschläge unterbreiten. Sie werde die Verantwortung für dieselben übernehmen, aber eine Verantwortung für eine Annahme oder eine Ablehnung werde auf die Opposition fallen. (Gelächter bei der Opposition, Beifall bei den Ministerialen.) Die Regierung werde das äußerste Zugeständnis machen, das sich mit dem Hauptzweck der Bill noch vertrage, aber sie werde die Majorität der Freire nicht verraten, die auf die Regierung vertrauen. Wenn die Regierung, nachdem sie alles getan hat, was in ihrer Macht sei, um die berechtigten Befürchtungen Wilters zu beseitigen, vor Drohungen mit Gewalt zittern sollte, wäre sie unwürdig dieses Vertrauens. Bonar Law betonte die erste Lage und erklärte, daß die Opposition sich vollkommen ihrer Verantwortung bewußt sei, die sie übernommen habe. Von der Homerulevorlage habe man erklärt, daß sie eine Einrichtung föderalistischen Systems sei. Als einzig gangbarer Weg erschiene ihm, Wilter aus dem Spiel zu lassen, bis der ganze föderalistische Entwurf vollendet sei und dann Wilter zu fragen, ob es sich diesem Entwurf anschließe. Der Regierung ständen nur zwei Wege offen. Entweder Vorschläge zu machen, um den Widerstand Wilters zu beseitigen, oder sich selbst dem Urteil des Volkes zu unterwerfen.

Rußland.

Die Ansichten über die armenischen Reformen. Petersburg, 11. Febr. Der Abschluß der Reformen für Armenien wird hier ohne übermäßige Befriedigung aufgenommen. Die russische Diplomatie verheißt sich nicht, daß das Erreichte nur als ein Anfang betrachtet werden könne. Die „Börsezeitung“ schreibt, man wisse nicht, was eigentlich abgemacht sei. Jedenfalls sei es infolge der deutschen Mitwirkung zu wenig. Rußland bestrebe jetzt auf der Durchführung der Reformen.

Schweden.

Weitere Demonstrationen. Stockholm, 12. Febr. Als der frühere Ministerpräsident Staaff gestern nachmittag das Reichstagsgebäude verließ, wo er zur Lage Erklärungen abgegeben hatte, die aber nichts Neues enthielten, begleiteten ihn mehrere hundert Personen, meistens junge Leute nach der Wohnung, wo sie Schreie auf ihn ausbrachten. Die Menge zog darauf nach der Wohnung des Sozialistenführers Branting und dann unter den Rufen: „Es lebe die Republik!“ durch die Straßen. Die Polizei zerstreute die Menge und verhinderte einen Zusammenstoß mit Studenten, welche Schreie auf den König ausbrachten, die mit erneuten Schreien auf die Republik beantwortet wurden. Abends sammelte sich eine große Volksmenge vor dem Schlosse, um den Königspaar eine Guldigung darzubringen. Das Königspaar, umgeben von der übrigen Königs-

schaft und der mit der Hand zu erreichenden unerschöpflichen Unvollkommenheit ist einer der reizvollsten und stärksten Eindrücke, die man sich denken kann. Gargy ist aber nur eine Etappe; ihre höchsten Schönheiten entwickelt die Riviera weiter im Süden. Wer Komfort nicht missen mag, wird natürlich auf gebahnten Wegen bleiben, und er wird auf vieles verzichten müssen, was sich dem bietet, der eine kleine, übrigens völlig gefahrlose Expedition landeinwärts ausrüstet und sich damit zu begnügen imstande ist, was auf dem Postfusse mitgeführt werden kann. Nur wenige Kilometer von dem kultivierten Küstenstreich gibt es weder Weg noch Steg, geschweige denn Gasthöfe. Man kann tagelang zu Pferde in der Wildnis umherstreifen, ohne einem Menschen zu begegnen. Man wird aber in der Einsamkeit des Bergwaldes die Abwesenheit von Menschen kaum schmerzhaft empfinden, denn die Natur ist hier so bezaubernd reich, Tier- und Pflanzenwelt sind von so interessanter Mannigfaltigkeit, daß man bald in einen Zustand des Entzückens gerät, der nahe an Ekstase grenzt. Die seltensten Pflanzen, die sonst mühselig in unseren Gärten gezogen werden, gedeihen hier in verschwenderischer Wildheit; man muß sich durch ganze Gestrüppe von Gräsern kämpfen oder sich durch das unübersehbare Blütenmeer der Rhododendronhaine arbeiten und Dschungeln von Bambus überwinden. Bäume von ungeheurer Abmessung bedecken die Bergschnecken; man findet hier herrliche fergenschlanke Nussbäume, Ahorn, Eichen, Palmen und Eichen von einer Höhe und Umfang, wie man das in Europa überhaupt nicht kennt. Wilder, Esen und verschiedene Pflanzenarten schwingen sich in pittoresken Reflexen von einem Baumriesen zum andern.

Das Hochgebirge ist ein Dorado für den Wildmann; in den bewaldeten, oft ganz unzugänglichen Bergschluchten haufen sich Wildschweine, Bären, Fische und selbst der Arzede, der gewaltige Auerochse, der sonst überall vom Erdboden verschwunden ist, während er hier noch in großen Rudeln im Hochgebirge zu finden ist. Auf den Graten sieht man in einer Stunde mehr Menschen und Steinböcke, als in den bestbesetzten Tiroler Revieren in einer Woche; der Reichtum und die Mannigfaltigkeit der Tierwelt ist verblüffend.

Man muß lange reiten, ehe man an ein aus Steinblöcken und geschichteten Haus oder gar in ein Dorf kommt. Die

freien Söhne dieser freien Berge werden es sich nicht nehmen lassen, den Fremdling mit großer Gastfreundschaft zu bewirten. Viel vermögen sie allerdings nicht zu bieten, diese prächtigen, schlanken, geschmeidigen, bildschönen und unbändig stolzen Kerle in den männlichen und überaus männlichen Trachten, der gewaltigen Pelzmäntel, dem eleganten langen Lichtefferent und dem Schilde oft uralt und überaus kostbarer Waffen, die sie allenfalls nur in der Nacht ablegen. Sie haben nicht viel mehr zu bieten, als ein Stück feinsten Brotes, den ebenso harten Fiegenkäse „Brundja“ und den süßen und feurigen Raketinwein. Reist man zu längerer Rast ein, so wird unweigerlich ein Hammel geschlachtet und der Gast wird mit der Nationalspeise, dem köstlichen „Schaschly“, bewirtet. Diese Schaschly, die aus verschiedenen Schnitten Hammelfleisch und Speck besteht, wird am Spieß über einem Kohlenfeuer geröstet und sie schmeckt, wenn sie mit einer scharfen roten Sauce übergossen, ganz ausgezeichnet. Man schmaust Schaschly und die silbergeschlagenen Hörner des Auerochsen oder des eitterlichen Steinbocks freizügig; dann wird eine „Surna“ herbeigetragen, und bald drehen sich die jungen Männer auf der Bergkette in den Verschlingungen der Wehrgänge oder sie lassen beim Scheine prasselnder Scheiterhaufen ihre wilden Kriesslieder ertönen. Die Frauen sind fast nie sichtbar, sie bleiben den unheimlichen Wilden fremder Männer verborgen; nur ein Zufall kann es fügen, daß man eine der überaus anmutigen jungen Frauen mit den sanften Gazellenaugen und den feinen Gesichtszügen erblickt. Leider verblühen diese entzückenden Gesichtspunkte nur zu bald, denn auf ihren gelben Schultern ruht alle Arbeit, während die Männer hoch zu Ross und bis an die Knie bewaffnet Besuche machen, dochmühsame Expeditionen unternehmen, von denen so mancher mit ein paar Kugeln oder Hirschbälgen am Leibe, oft aber auch mit schönen neuen Waffen, einem guten Gaul oder einigen Hammeln zurückkehrt; oder sie jagen, klettern und üben sich im Schießen und Fischen; sie sind zu allem bereit, nur die Arbeit scheuen sie ganz entschieden ab. So verweilen, kampflos und gaulam die mühen Kaufleute auch sind, so halten sie doch das Gastrecht unverwundlich heilig. Diese Leute, die einen feind feindlich aus dem Hinterhalte niederstrecken oder ihn mit

dem Kinshat niedermetzen, werden dem Fremden kein Paar kränken. In der Nähe der Städte haben freilich die alten, sehr rauhen, aber auch sehr ritterlichen Sitten starke Einbuße erlitten; die eindringende Kultur gereicht diesen Naturkindern nicht zum Heile.

Aus Kunst und Leben.

Theater und Literatur. „Madame“, ein dreifaches Kompositionsfest von Abel Herman und Alfred Savoir, fand am 9. Februar in Paris in der Parais-Saint-Martin verständnisvolles Gehör bei Feinschmeckern pariserischer Dialogkünstler.

Helen Odilon trat vor einigen Tagen seit längerer Zeit wiederum im großen Musikvereinsaal in Wien vor das Publikum und hatte bei einem ausverkauften Saale einen sensationellen Erfolg.

Im Freiburger Stadttheater fand d'Annunzio's „Francesca da Rimini“ bei ihrer deutschen Uraufführung in Tollmüllers Übersetzung trotz lobenswerter Darstellung nur mäßigen Erfolg.

Wissenschaft und Technik. Eine interessante Expedition nach dem Norden Chinas verläßt in diesen Tagen London, um dort das Wesen eines winzigen Parasiten näher zu untersuchen, der eine gefährliche Krankheit hervorruft. An dieser Studienreise beteiligen sich einige Mitglieder der jüngsten antarctischen Expeditionen; ihr Führer ist der Arzt E. A. Atkinson, welcher der Parasitologie der Scottschen Expedition war. Man nimmt an, daß dieser unheimliche Krankheitserreger, über den bisher nichts Genaues bekannt geworden ist, auf den Schalen- und Muscheltieren im Pangste Meer und anderen Meeren haust; jedenfalls findet er sich im Wasser, und die unheilvolle Wirkung, die von diesem Parasiten ausgeht, haben alle die zu spüren, die auf dem Wasser oder in der Nähe des Wassers leben. Der Parasit dringt dann in die Haut ein, und die Krankheit, die er hervorruft, ist manchmal so schwer, daß sie zum Tode führt. Ein genaues Studium der Lebensbedingungen dieses gefährlichen Wesens dürfte auch zugleich zu einer Entdeckung der besten Heilmethode der von ihm hervorgerufenen Krankheit führen.

familie, trat auf den Balkon und wurde von der Menge mit lebhaften Hurraufen begrüßt. Das Königspaar unternahm auch im Laufe des Tages im offenen Automobil eine Fahrt durch die Hauptstadt, überall von der Bevölkerung herzlich begrüßt.

Türkei

Aufhebung der Gesandtschaft in Montenegro und Einrichtung einer Gesandtschaft in Albanien. Konstantinopel, 11. Febr. Die Pforte beschloß, die Gesandtschaft in Cetinje aufzuheben. — Nach Blättermeldungen hat die Pforte ferner beschlossen, in Albanien eine Gesandtschaft zu errichten, sobald in Albanien eine feste Regierung erlangt sei.

Die italienischen Eisenbahnkonzessionen in Kleinasien. Rom, 12. Febr. In hiesigen politischen Kreisen will man wissen, daß die Verhandlungen zwischen England, Italien und der Türkei über die Eisenbahnkonzessionen in Kleinasien endgültig zum Abschluß gekommen seien. Die Vereinbarung soll besonders für Italien sehr günstig sein. Weiter will man wissen, daß nach Unterzeichnung des Abkommens die Räumung der von Italien im Mittelmeer besetzten Inseln in kürzester Zeit erfolgen wird.

Mexiko.

Die Hinrichtung Castillos. R. New York, 12. Febr. Ein Telegramm aus El Paso bestätigt die Nachricht von der Gefangennahme und Hinrichtung Maximilian Castillos und sechs seiner Anhänger durch Truppen der Konstitutionalisten. Nach einem Telegramm, das General Villa von Rebellen erhalten hat, fand die Gefangennahme am Montag 45 Meilen von Pearson in Chihuahua statt.

Südamerika.

Der Baumwollbau in Argentinien. Der Baumwollbau in Argentinien wird in nicht allzu ferner Zeit erheblich an Bedeutung gewinnen, wie in dem vor kurzem erschienenen Heft der „Mitteilungen“ des Deutsch-Argentinischen Zentralverbandes ausgeführt wird. Die bisher im Norden Argentiniens, insbesondere im Chaco, gemachten Andauererfolge haben sehr gute Ergebnisse gezeigt und der Baumwollbau ist in diesen Gegenden ebenso wie in Paraguay eine glänzende Zukunft in Aussicht zu stellen, vorausgesetzt, daß es gelingt, den Anbau im großem Maßstabe durchzuführen. Die deutsche Industrie findet hier die Möglichkeit, eine neue ergiebige Quelle des wichtigen Rohmaterials sich zu erschließen, denn auch die argentinische Regierung, der an der wirtschaftlichen Entwicklung des Nordens der Republik viel gelegen ist, würde derartige Pflanzungsunternehmen nach jeder Richtung hin fördern.

Aus Stadt und Land.

Wiesbadener Nachrichten.

Lehrergehälter und Staffellung der Ortszulage.

Aus Lehrerkreisen schreibt man uns: In der Mittwoch-Abend-Ausgabe des „Wiesbadener Tagblattes“ ist in der Rubrik „Lehrergehälter“ auf die Gehälter der Städte Mannheim und Ludwigshafen hingewiesen und im Anschluß daran dem Wunsch Ausdruck gegeben worden, daß Wiesbaden nun auch bald eine entsprechende Normierung seiner Lehrergehälter vornehmen möge. Der Hinweis auf die beiden genannten Städte hat jedoch für Wiesbaden geringere Bedeutung, und andere Städte, wie Nürnberg, München, Passau, Hamburg usw., würden im Vergleich mit Wiesbaden noch drastischer wirken, und zwar zumungunsten der wiesbadischen Hauptstadt. Aber es kommt für die Lehrergehälter der Stadt Wiesbaden vielmehr auf etwas anderes an. Nach dem Gesetz von 1909 sind für ganz Preußen die Lehrergehälter in Grund- und Mittelschulen einheitlich festgesetzt, so daß das unzeitgemäße Vorkommen von Verschiedenheiten, dagegen hat das Gesetz für besonders teure Orte die Bewilligung von Teuerungszulagen bis zum Höchstbetrag von 900 M. zugelassen, die aber von den einzelnen Gemeinden nach freiem Ermessen gewährt werden können. Es sind aber selbst in den ersten und reichsten preussischen Städten bei Bewilligung der vollen Ortszulage von 900 M. die Höchstgehälter der angeführten süddeutschen Städte gar nicht erreichbar. Das in Preußen erreichbare Höchstgehalt ist freilich von einer langen Reihe preussischer Städte längst bewilligt worden; und annähernd erreicht ist das gesetzlich zulässige Höchstgehalt in zahlreichen Orten des rheinisch-westfälischen Industriegebietes sowie in den drei nassauischen Orten Wiesbaden, Höchst und Griesheim. Der Grund- und Hauptschüler der Ortszulage liegt aber in einigen Städten der letzten Gruppe nicht einmal in der Ortszulage an sich, die in Wiesbaden bis 700 M. und in Höchst bis 600 M. hinaufreicht, sondern in der Art ihrer Staffellung begründet, wodurch die Lehrer in den unteren und mittleren Dienstjahren eine unzureichende Teuerungszulage beziehen. Weil in diesen Jahren die staatlichen Alterszulagen vielfach noch fehlen und die Familienausgaben erfahrungsgemäß mit am höchsten sind, macht sich in dieser Zeit der Fehler einer ungünstig gestaffelten Ortszulage am stärksten fühlbar. Einige Beispiele verschiedenartiger Staffellungen sollen folgen. Mit dem 15. Dienstjahr bezieht der Lehrer in Griesheim 500 M. Ortszulage und der Lehrer in Wiesbaden 400 Mark (bis zum 17. Dienstjahr). Nach ungünstiger Staffellung sind unsere Lehrerinnen gegenüber ihren Kolleginnen in Griesheim. Nach vollendetem 13. Dienstjahr bezieht der junge Lehrer in Frankfurt 750 M. Ortszulage, der gleichaltrige Kollege dahier also 350 M. weniger. Die Wiesbadener Lehrerin bezieht sich bei 13 Dienstjahren mit 290 M. Ortszulage, während eine Frankfurter Lehrerin zur selben Zeit 600 M. Zulage erhält. Die neueste Frankfurter Magistratsvorlage sieht abermals eine bessere Staffellung vor, und das Stadtverordnetenkollegium wünscht, daß selbst diese geplante Verbesserung der Ortszulagenstaffellung noch wesentlich günstiger gestaltet werde. Nicht die Höhe der Ortszulage an sich allein, sondern mehr noch eine günstige, wohlwollende — ja gerechte Staffellung ist das Entscheidende, und nur eine die unteren und mittleren Dienstjahre genügend berücksichtigende Abstaffelung der gesetzlichen Zulagen läßt diesen ihren Charakter als Teuerungszulagen und erfüllt den Geist und Willen des Gesetzes. Nicht bloß die vollen Endgehälter, sondern befriedi-

gende Gehaltsbezüge in den unteren und mittleren Dienstjahren sind die Zeichen echten Wohlwollens unserer Städte, und hierin wird Wiesbaden in nächster Zukunft hauptsächlich bestrebt sein müssen, das Verfallene endlich gutzumachen.

Eine Hundertjahrerinnerung.

In diesen Tagen sind hundert Jahre verflossen, seitdem sich an der Haalsbank in der Nähe der Insel Zegel jene graufige Tragödie zutrug, durch welche zahlreiche nassauische Soldaten ein Grab in den eisigen Fluten des Meeres fanden. Die beiden nassauischen Infanterie-Regimenter unter den Obersten v. Bölling und v. Kruse hatten mehrere Jahre im Dienst Napoleons in Spanien tapfer und ruhmreich gekämpft. Nach der Völkerschlacht von Leipzig zog sich auch Nassau von dem gewaltigen Sturz los. Das zweite Regiment entkam aus Spanien und schiffte sich nach England ein, von wo aus es 1814 auf Befehl des Herzogs von Nassau nach Holland ging. Am 5. Februar 1814 ließ die kleine Flotte, welche die Nassauer aufgenommen hatte, aus dem Hafen von Plymouth aus, geriet aber in ein solch fürchterliches Schneegestöber, daß einige der Schiffe wieder zurückkehrten. Doch brach man bald wieder auf, um einen neuen Versuch zur Erreichung der holländischen Küste zu machen. Wiederum trat ein entsetzlicher Sturm ein und trieb die Schiffe auseinander. Zwei davon zettelten sich mit knapper Not und kamen später glücklich nach Holland. Die beiden anderen aber gerieten in der Nähe der Küste auf Sandbänke. Das vom Hauptmann v. Berninger kommandierte Schiff gersank in der Dunkelheit des Wintermorgens, und alle Mannschaften ertranken. Das zweite, vom Hauptmann Müller befehligte Schiff geriet auf eine Sandbank; die Wogen drangen mit furchtbarer Gewalt in den inneren Schiffsraum, haushohe Wellen stürzten über das Verdeck und spülten zahlreiche Menschen ins Meer. Viele kletterten auf den Vordermast und hielten sich hier an Tauern, Striden und Leitern fest. Die auf dem Verdeck Gebliebenen wurden ausnahmslos durch Sturm und Wellen ins Meer geschleudert, darunter auch Hauptmann Müller. Zu den unsäglichen Leiden der Unglücklichen gesellten sich qualvoller Hunger und Durst. Mehrere mutige Männer stiegen auf das Verdeck und holten mit Mühe ein Fäßchen Mehl und eins mit Süßwasser, womit sie ihr Leben fristeten. Endlich, am 11. Februar, nabte Rettung. Bewohner der Insel Zegel, welche die Unglücklichen schon längst bemerkt hatten, aber keine Hilfe bringen konnten, weil ihre Boote im Eis festgefroren waren, kamen jetzt mit den losgemachten Booten und nahmen die halb erfrorenen und fast verhungerten Schiffbrüchigen vom Mastkorb herab. Aber es waren nicht mehr viele — nur noch 40 Mann im ganzen —, die gerettet wurden. In den eisigen Wellen ungelungen waren 12 Offiziere, 3 Feldwebel, 12 Sergeanten, 21 Korporale, 4 Spielleute und 178 gemeine Soldaten.

— Ein begehrter Posten. Die hiesige Allgemeine Orts-Frankenliste hat die Stelle eines Kassentoten ausgeschrieben. Es meldeten sich nicht weniger als 700 Bewerber, die sich zum großen Teil in recht guten Privatverhältnissen befinden, teilweise sogar dem Hausbesitzerstand angehören.

— Ein neuer Frauenberuf. Ein neuer interessanter Beruf hat sich der Frauenwelt in der Außenpropaganda der Gewerkschaften eröffnet. Wer als Kassamann jahrelang in der Erweiterung des Absatzes solcher Artikel gearbeitet hat, die für die Küche bestimmt sind und über deren Anschaffung naturgemäß die Frau ausschlaggebend ist, der weiß am besten, wie viel erfolgreichere darin mit weiblichen Kräften als mit männlichen gearbeitet wird. Es ist nicht nur eine gewisse Abneigung zu überwinden, die zum Ausdruck kommt in den Worten: „Was versteht denn ein Mann davon!“ Es ist auch lastig, nicht unbedeutend, wenn unsere Hausfrauen sich in solchen Fällen der männlichen Propaganda gegenüber etwas ablehnend verhalten. In allen die Frauenwelt interessierenden Angelegenheiten kann die Frau auf Grund ihrer eigenen Erfahrung ihren Mitbewerbern tatsächlich besser Aufklärung und Belehrung bieten, als der Mann. Wenn es sich z. B. darum handelt, die Vorgänge eines Gasbrennapparats zu erläutern, so wird sich in 99 von 100 Fällen der Mann damit begnügen, den Apparat in der Weise vorzuführen, daß er ihn ein- oder zweimal auf- und zuklappt, dann über die Heißkraft etwas theoretisch hin- und herredet, und die Sache ist für ihn erledigt. Wie viel geistreicher und verständnisvoller kann die Frau hier vorgehen! Sie macht sich nicht lächerlich, wenn sie ein schönes Modell vorstellt, es kunstgerecht in der Pfanne bräunt und in kürzester Zeit ihrem Publikum in anmutiger Weise zum Kosten vorlegt. Sie wird auch etwaige Einwendungen auf Grund ihrer praktischen Erfahrung in der Küche ganz anders widerlegen können, als ein Monteur, der auf seinen Apparat noch nichts gelacht und gebraten hat. Von den Gaswerken wird deshalb mehr und mehr dazu übergegangen, in der Außenpropaganda Damen besserer Stände zu verwenden, die durch ihre Beiträge mit praktischen Demonstrationen über die Begänge moderner Gas-, Koch- und Bratapparate jeder anderen Heilmethode gegenüber aufklärend wirken. So beschäftigt z. B. auch unsere Gaswerksverwaltung seit vergangenem Späthjahr eine Dame, die in der neuerrichteten Beratungsstelle für Gasbrennwertung die verschiedensten Gasapparate im Betrieb vorführt und erklärt, Schaulöcher und Gaslochkurfe abbaut und auf Wunsch auch die Hausfrauen in ihrer Wohnung aufsucht.

— Verdächtige Telefongespräche. Der Frankfurter Polizei sind in den letzten Tagen wiederholt Mitteilungen von eigentümlichen Telefongesprächen gemacht worden. Bei den Telefongesprächen wird angefragt, wann die Herrschaft zu Hause wäre, da das Aufstehen das Telefon nachsehen lassen wolle. Es hat sich herausgestellt, daß diese Anfragen vom Aufstehen nicht eingegangen sind, und man vermutet deshalb, daß ein moderner Einbrecher auf diese Weise Aufschlüsse will, wann in der betreffenden Wohnung die Leute nicht zu Hause sind. Was jetzt ist es nicht gelungen, den Mann zu ermitteln. Bei Telefongesprächen mit Unbekannten ist also Vorsicht geboten. — Auch in Wiesbaden soll dieses Räuber bereits versucht worden sein.

— Kleine Notizen. Morgen Samstag, den 14. Februar, bleibt die Hochbrunnhalle wegen Reinigung von 1 Uhr ab nachmittags geschlossen. — Auf die heute Freitag, den 13. Februar, im Vereinsaal der „Turnerschaft“, Schwalbacher Straße 8, stattfindende Versammlung der „Fortgeschrittenen Volkspartei“, verbunden mit Vortrag des Stadtrats Ratsvermer über künftige Grund- und Bebauungspläne, sei hiermit nochmals hingewiesen.

— Israelitische Gottesdienste. Israelitische Kultus-gemeinde (Synagoge: Mikelsberg). Gottesdienst in der Hauptkapelle Freitag: abends 5.30 Uhr, Sabbat: morgens 9 Uhr, Predigt 10 Uhr, nachmittags 3 Uhr, abends 6.30 Uhr. Gottesdienst im Gemeindefaal: Wochentage: morgens 7.15 Uhr,

abends 5.30 Uhr. Die Gemeindefaalhalle ist geöffnet Sonntagvormittag von 11 bis 12 Uhr und Dienstagvormittag von 8 bis 8 Uhr.

— Israelitische Kultusgemeinde. Synagoge Mikelsberg. Freitag: abends 5.15 Uhr, Sabbat: morgens 8.30 Uhr, Predigt 10.30 Uhr, Jugendgottesdienst 2.15 Uhr, nachmittags 3 Uhr, abends 6.30 Uhr. Wochentage: morgens 7 Uhr, abends 6 Uhr.

— Talmud Thorat-Verein Wiesbaden. Retsstrasse 10. Sabbat-Eingang 5.15 Uhr, morgens 8.30 Uhr, Auslass 9.15 Uhr, Mincha 5.15 Uhr, Auslass 6.30 Uhr. Wochentage: morgens 7.15 Uhr, Mincha und Schur 5.15 Uhr, Moarif 6.30 Uhr.

Vorberichte über Kunst, Vorträge und Verwandtes.

* Residenz-Theater. Am Montag findet die 6. Volksvorstellung zu kleinen Preisen statt; es gelangt Jacobus Dittmer „Wir geh'n nach Tepertheim“ zu Aufführung. Der Verlauf der noch vorhandenen Karten beginnt heute Freitag. Joseph Sommer wurde für den Rest der Spielzeit für das Residenz-theater verpflichtet.

Aus dem Vereinsleben.

Vorberichte, Vereinsversammlungen.

* Der diesjährige Rosenball des Männergesangsvereins „Cäcilia“ findet am Samstag, den 14. Februar, abends 8 Uhr, im Festsaal der Turnerschaft, Schwalbacher Straße 8, statt.

* Am Samstag, den 14. Februar, findet im feinsten erleuchteten Kurtheater der Vereinsabend des „Quartettvereins“ statt. An Überraschungen wird es nicht fehlen.

* Zu der am Sonntag, den 15. Februar, abends in der „Barbarus“ stattfindenden Gala-Damen- und Freudenfeier mit Tanz, veranstaltet von der Wiesbadener „Karnaval-Gesellschaft“, haben sich die besten Tänzerinnen angemeldet.

* Am nächsten Sonntag, abends 8 Uhr, veranstaltet der „Evangelische Kirchen-Gesangsverein“ unter Leitung seines Dirigenten Karl Hoffmann sein zweites (weltliches) Winterkonzert im Saale des Zirkuslins. Der Chor bringt verschiedene Lieder von Bach, Köhler, Pfeil, Jung und unserm Mitbürger Seminarvikar a. D. Musikdirektor Janger („Mein Nassauer Land“) — Gedicht von Emil Scholl — zu Gehör. Wie im vorigen Jahre, so hat sich auch diesmal das Wiesbadener Dilettantenorchester in liebenswürdiger Weise bereit erklärt, in dem Konzert mitzuwirken, und wird unter Leitung seines Kapellmeisters E. Schmidt die Festouvertüre von Leutner, eine Andante von Haydn und die Lorelei-Paraphrase von Kestner spielen. Als Solisten sind gewonnen Friedrich Reichenbach (Sopran) und Maria David (Mezzo) von hier, welche letztere neben der Begleitung der Lieder von Thomas („Romanze der Rognon“) Grubbs, Grieg und Schubert, mehrere Lieder von Wagner, Brahms und Mendelssohn übernommen hat. An das Konzert schließt sich, wie üblich, ein Ball an. Die inaktiven Mitglieder und Anhänger von Solistinnen sind zu dieser Veranstaltung freundlichst eingeladen.

Vereinsvorträge.

Am gestrigen Abend sprach Herr Dr. L. Seibert aus Bamberg über Karl Seibold aus Kitzingen im Verein für nassauische Altertums- und Geschichts-forschung. Die Familie Seibold ist seit dem 17. Jahrhundert in Kitzingen als eine katholische Familie nachweisbar. Die Seibolds waren Meister der Sprache von Dudenheim, Freiherren vom Stein und der katholischen Freiherren Schöb von Soltau. Sie hatten es zu Ansehen und Wohlhabenheit gebracht. Der Vater des Karl Seibold ließ seinen familiären geistlichen eine gute Erziehung angedeihen. Karl, der älteste von 7 Söhnen, am 17. Dezember 1796 geboren, kam, wie seine Brüder, auf das Gymnasium zu Jena. 1814 besuchte er die Universität Gießen und trat hier bald den Schwärzern bei, deren gemäßigtere Elemente in ihm ihren Führer fanden. Als solcher trat er den durch Karl Hollnagel vertretenen radikalsten Schwärzern entgegen, und vertrat auch eine Denkweise, in der er forderte, daß die Bundes-mitglieder sich über ihre religiösen, politischen und sittlichen Anschauungen offen auszusprechen sollten. Nachdem er sich in Jena aufgehalten und den Doktorgrad erworben hatte, war er 1821–23 als Privatdozent in der philosophischen Fakultät zu Gießen tätig. Er las über Logik, Ethik, Biologie, Natur-recht und Einleitung in die Philosophie. Im Jahre 1823 ging er nach Basel, wo man ihn vergebens summierte, um eine Professur zu erlangen. Prostant zu werden. In Basel wirkte er neben K. Hollnagel, W. Schell, W. Snell, 1831–37, ist er in England Lehrer der neueren Sprachen an der berühmten Anglo-School in Warwick, ab 1840 bis 1858 Professor an der Universität in Mannheim. Geisteskrank geworden, stirbt er 1857 dort, unverheiratet. Seibold war befreundet mit dem Herrn vom Stein, verlebte in Gießen intim mit Vogt (Vater von Karl Vogt), in Basel mit de Wette; besonders ist er ein Freund des Professors von Kries-Jena, die ihm alle ein glänzendes Zeugnis ausstellen. Aber auch aus dem Kreise seiner Schüler liegt ein ihm sehr ehrenvolles Zeugnis vor. — Der Vortragende ging dann auf seine Schriften ein, die nicht mehr als 100 sind, aber zeigen, daß man es hier mit einem selbständigen tiefen Denker zu tun hat, dem als Vorkläufer der Erkenntnis ein Platz in der Geschichte der Philosophie gebührt. Zu seinen vortrefflichen Geisteszeugnissen kam eine keltische Äußerung Scheinung und eine tiefe Herzensbildung, die mit edler Selbstbeherrschung gekoppelt war. Der Vortragende verstand es, nicht nur das formale Bild Seibolds (scharf und klar zu zeichnen, sondern ihm auch einen reichen, warmen Sinngrund zu verleihen. Diese meisterhafte Vortrags-zeichnung ist um so mehr anzuerkennen, als der Vortragende die Materialien dazu teilweise sehr mühsam hat zusammen-suchen müssen. (Ohne Gewähr.)

Vereinsfeste. (Ausnahme frei 100 zu 20 Stellen.)

* Die am Sonntag, den 8. Februar, in der Turnhalle an der Platter Straße stattgefundene karnevalistische Jubiläums-Darstellung des „Männerturnvereins“ nahm bei vollem Saale einen großartigen Verlauf. Dasselbe wurde von dem Präsidenten Reinhold Kost mit einer feierlichen humoristischen Rede eröffnet. Es folgten dann eine Reihe von karnevalistischen Darbietungen, und dann seien besonders erwähnt der Schriftführer Karl Müller und Kassierer Wils. Kunst, welche mit ihrem äußerst humorvollen Prolog und Rollenbericht wahre Hochzeiten hervorriefen. Auch erhielt das Kommando des Turners Karl Sommer, die fidele Gemeinderatsversammlung durch die Turner Engelmann, Jung, Müller und Greiner und das humoristische Schloßchen der Turner Karl Nagel und E. Klein in bewundernswürdiger Weise. Der Hauptkassierer des Abends war auch diesmal wieder eine aus 30 Mitgliefern bestehende Dienstbotenkapelle unter der Leitung ihres Dirigenten Karl Sommer aus Ransau. Die Turner Engel, Wirth, Reichardt, Schmidt und Nicodemus trugen ebenfalls zu dem guten Gelingen des Abends bei. Die Dichter der vortrefflichen Lieder waren Joh. Nagel und Müller. Der „Männerturnverein“ kann mit Genugtuung auf diese wohlwollende karnevalistische Darbietung verweisen. — Auf den am Montagabend, den 21. Februar, stattfindenden Jubiläumsmaschinenball sei hiermit noch besonders hingewiesen.

Aus dem Landkreis Wiesbaden.

— o. Biedrich, 12. Febr. Heute hat der vom 13. landwirtschaftlichen Bezirksverein des Rheingebiets Wiesbaden hier veranstaltete Dünghauskur für Landwirte und Gärtner und sonstige Teilnehmer begonnen. Morgen Abend findet Obst- und Weinbauinspektor Biedrich über „Bewässerung der Obstbäume, Gemüsegärten und Weinberge“ — Die Generalsammlung des Bezirksvereins „Lieberkeim“ (s. B.) sollte den Beschluß, den Verein vorläufig zu suspendieren. Der Verein ist seit 80 Jahren ein geliebter Kamerad in Verbindung mit dem ihm angeschlossenen „Damenvereinsverein“. Er hat lange Jahre hindurch im hiesigen Musikverein

eine bedeutende Rolle gespielt. Die jetzige Maßregel, die fast einen Aufbruch gleichkommt, wurde veranlaßt durch den starken Rückgang in der Zahl der anwesenden Sänger.

hw. Schierstein, 11. Febr. Die Strandbadkommission war am Montag in Gemeinschaft mit dem Gemeinderat im Rathsaussaal zusammengekommen, um wegen des gegenwärtigen Standes unserer Strandbadaangelegenheit erforderliche notwendige Verhandlungen zu führen. Es ist sicher, daß die Angelegenheit des Strandbades einen für unsere Gemeinde günstigen Fortgang nimmt und daß für eine glückliche Lösung der Frage die beste Aussicht besteht. — Der Militärverein hielt seine Generalversammlung im „Reichsaal“ ab. Der Verein zählte am Schluß des abgelaufenen Geschäftsjahres 80 Mitglieder. Der Jahresbericht betrug nach einer Einnahme von M. 643 58 und einer Ausgabe von M. 659 30, 281 26 M. Der Vorstand wurde durchweg wiedergewählt. — Der hiesige Lokal-Gewerbeverein läßt am kommenden Samstag im Saale der Wirtschaft „Zum Reich“ einen experimentellen Vortrag stattfinden und zwar wird Lehrer Brück über Dampfmaschinen, Turbinen, Elektromotoren, Galvanoplastik usw. sprechen. — Die große karnevalistische Damen- und Herren-Sitzung der hiesigen Turngemeinde findet am kommenden Sonntag abend in der Turnhalle des Vereins statt.

— Dohheim, 12. Febr. Die bisherigen beiden Holzversteigerungen im hiesigen Gemeindefeld haben ein so günstiges Ergebnis gehabt, daß voraussichtlich trotz verminderter Holzleistungen der im Gemeindehaushaltsplan für den nächsten Winter erreichte Betrag erreicht werden wird. — Infolge der bekannten Entlassung des Kreisassessors in dem Disziplinarverfahren gegen unseren früheren Bürgermeister Kessel war die Befürchtung aufgetaucht, daß die lebenslängliche Unterstützung von jährlich 1500 M. der Gemeindekasse zur Last fallen würde, da dies doch keine eigentliche Pension sei, und deshalb auch nicht von der Pensionskasse getragen würde. Diese Befürchtungen sind jedoch grundlos, denn wie Bürgermeister Sporckhoff in der letzten Vertreterversammlung bekannt gab, erwischen der Gemeinde dadurch keine Kosten, sondern die Beamten-Kommunikationskasse hat dafür aufzukommen. — Einem Wunsche der Wähler der 2. Klasse entsprechend, finden die Vertreterwahlen für diese Klasse in Zukunft an einem Sonntage statt.

z. Sonnenberg, 12. Febr. Am vergangenen Sonntag hielt der Männergesangsverein „Concordia“ seine diesjährige ordentliche Generalversammlung im Vereinslokal „Der goldene Stern“ ab. Der Verein zählt am Schluß des Vereinsjahres 226 Mitglieder und 6 Ehrenmitglieder. Das bare Vereinsvermögen stellt sich auf annähernd 2000 Mark. Der alte Vorstand wurde wieder und neuerlicher Karl Seelgen als weiteres Vorstandsmitglied hinzugefügt. Das 40-jährige Jubiläum, welches der Verein im kommenden Jahre begehen kann, soll mit einer größeren Festlichkeit verbunden werden. Die von dem Vorstand vorerwähnten Veranstaltungen im Laufe des kommenden Vereinsjahres wurde von der Versammlung aufgegeben. Dem neuen Dirigenten, Musikdirektor E. Specht, wurde eine weitere Gehaltszulage bewilligt.

— Rambsach, 11. Febr. Am Sonntag wurde der in den 60er Jahren lebende Veteran von 1870/71, Gemeinde- und Polizeibeamter A. D. Philipp Jank unter großer Beteiligung der Gemeindeglieder, des Krieger- und Militärvereins von Rambsach und des Veteranen- und Militärvereins Wiesbaden zur letzten Ruhe beigesetzt. Der Verstorbene hatte sich in vierundzwanzig Jahre langer Dienstzeit das volle Vertrauen und die Achtung der Bürger erworben. Bester Ruhl hielt eine zu Herzen gehende Rede und betonte dabei, daß der Heimgegangene, der an vielen Gefechten und Schlachten teil hatte, und seinerzeit den Einsatz der Deutschen in Paris mitmachte, nun zur großen Ehre einberufen sei. Hauptlehrer Gung sang mit seinen Schülern das Lied „Es kann vor Nacht schon anders werden, als es am frühen Morgen war“. Viele Kränze und Blumen wurden aus Dankbarkeit am Grabe niedergelegt.

z. Biersdorf, 12. Febr. Unser Villenviertel, die Biersdorfhöhe, wurde in polakischer Sprache recht lebhaft diskutiert. An höheren Festtagen wurde der Bezirk der als Sandsteilbezirk gilt, überhaupt nicht besucht. Für Feste müssen die Bewohner das doppelte Festgeld zahlen wie die Bewohner unseres Ortes. Telegramme und Briefe verursachen ebenfalls eine erhöhte Aufstellungsgelbst. Eine Eingabe des hiesigen Bezirksvereins (Bewohner der Höhe) an die Oberpostdirektion zu Frankfurt war von gewünschtem Erfolg. An höheren Festtagen wird eine einmalige Befreiung ausgesetzt werden und die erhöhte Aufstellungsgelbst für Briefe und Telegramme ist bereits in Wegfall gekommen. Sobald das neue Wohnhaus in nächster Nähe der Grenzstraße fertig gestellt sein wird, wird die Wiesbadener Poststelle sicherlich unser Villenviertel in derselben Weise bedienen wie die Straßen Wiesbadens. — Der hiesige Haus- und Grundbesitzerverein hält am Sonntag, den 14. d. M., im Gasthause zum „Wasserkopf“ seine Generalversammlung ab. Der Bürgerverein hat am Montag, den 16. d. M., im Gasthause „Zum Reich“.

z. Kuppenheim, 11. Febr. Wohl noch nie war ein Konzert so stark besucht, wie dasjenige des Männergesangsvereins „Concordia“ im Saale zur „Mose“. Alle Vereine der benachbarten Orte waren vertreten. Der neue Dirigent, Herr Musikführer B. Petersen, trat nämlich zum erstenmal mit dem Verein, der über ein vorzügliches, gut geschultes Stimmmaterial verfügt, auf. Die Ehre darunter „Gutenreue“, „Mädel bei Gau“ von Sonntag und „Dem Rhein mein Lied“ von Werck fanden ungetrübten Beifall. Desgleichen wurden die humoristischen Darbietungen sehr beifällig aufgenommen und das Publikum „Mädel beim Photographen“ flott gelacht. Leider muckten die elektrischen Lampen durch Petroleumlicht ersetzt werden, da unser Werk noch immer stille steht. Allein es ging auch so. Ein flottes Tanzen hielt die vergnügte Jugend bis in die Morgenstunden beisammen.

Nassauische Nachrichten.

— Ordensverleihungen. Baununternehmer Bröck zu Limburg und Eisenbahnunternehmer A. D. Schreiner zu Dillenburg erhielten den königlichen Kronenorden 4. Klasse und die Eisenbahnminister A. D. Göro zu Siersbach und Walter zu Badamar das Allgemeine Ehrenzeichen.

o. Schlich i Rheingau, 12. Febr. In der gestern abend im Besale der Gastwirtschaft „Zum Reich“ abgehaltenen Jahresversammlung wurde nach einem Vortrag des Verbandssekretärs Redakteur Honke (Wiesbaden) über die Ziele der Bürgervereinsbewegung beschlossen, dem Verband Nassauischer Bürgervereine beizutreten. Der Verein zählt gegenwärtig 130 Mitglieder.

S. Zum Westerwald, 11. Febr. In dem Basaltbruch der Altengemeinschaft Rhein-Raffau bei Wilsentoth stürzte ein schwerer Stein und verletzte den 18-jährigen Ferd. Treibeder aus Friedhofen schwer. — Auf Station Steinfrenz sprang der Steinbrucharbeiter Wilhelm Rnie aus dem Boden während der Fahrt aus dem Zug auf den Bahnsteig, kam zu Fall und zog sich lebensgefährliche Verletzungen am Kopf zu, die seine Überführung in das Krankenhaus zu Montabaur nötig machten.

Aus der Umgehung.

Dachwasser in Sicht.

m. Wingen, 12. Febr. Heute trat der Eisgang der Nahe ein. Das Wasser ist stark im Steigen begriffen. Vorlesungen gegen Hochwasser werden allenfalls getroffen.

z. Eßersheim, 12. Febr. Am 4., 5. und 6. Juli bezieht der Gesangsverein „Concordia“, E. B. Frankfurt-Eßersheim, das Fest seines 50-jährigen Jubiläums. Mit dieser Feier ist ein nationaler Gesangswettbewerb verbunden. Hohe Geldpreise stehen in Aussicht; ebenso kostbare Kunstgegenstände. Der Kaiser und die Kaiserin haben Ehrenpreise gestiftet, ebenso die Stadtverwaltung u. a.

— Hanau, 11. Febr. Der Gesangswettbewerb, den der Gesangsverein „Edelweiß“ zu Oßheim in den Tagen vom 20. bis 22. Juni d. J. veranstaltet, begegnet wegen seiner günstigen Bedingungen allgemeinem Interesse. Am Sonntag, den 22. Februar, nachmittags 2 Uhr, findet im Gasthaus von Peter Kuhl zu Oßheim der Delegiertentag statt.

Gerichtssaal.

— Gefährlicher Drogenhandel. Zu dem Urteil in der gestrigen Abend-Ausgabe in der Betrugssache Elsing und Bruch tragen wir des allgemeinen Interesses wegen, daß dieser Fall beanprucht darf, noch die Gutachten der Sachverständigen nach. Zunächst sei noch einmal darauf hingewiesen, daß die Chemische Fabrik Heinz u. Co. in Saarbrücken sogenannte Drogenfränke an Leute, wie Tagelöhner, Löhner, Barbier, Spezialehändler usw., lieferte, die nicht die geringste Fachkenntnis besaßen. Die Drogen und die medizinischen Präparate befanden sich in festverschlossenen Packungen, so daß eine Kontrolle des Inhalts unmöglich war. Die Käufer der Drogenfränke fühlten sich betrogen, da von dem Reisenden Elsing, der sich falsche Titel wie Apotheker, Direktor und Reserveoffizier beigelegt hatte, unter Vorpiegelungen und unwahren Behauptungen zur Unterschrift des Kaufvertrags veranlaßt waren. Nachdem die Käufer in den Besitz des Drogenfranks gekommen waren, machten sie die Erfahrung, daß die gekauften Drogen und Präparate von den Käufern zurückgebracht wurden, da die Waren minderwertig und verdorben sowie dabei unverhältnismäßig teuer waren. Die Sachverständigen übten eine vernichtende Kritik an dem Inhalt der Drogenfränke. Sachverständiger Drogist Schild erklärte, daß die Preise der Waren die normalen Preise weit überstiegen, noch dazu sei deren Qualität höchst minderwertig, teilweise sogar verdorben gewesen. Dem Sachverständigen Apotheker Dr. Stephan war eine Anzahl der medizinischen Präparate und Drogen zur chemischen Untersuchung übergeben worden. Die Untersuchung ergab, daß an Stelle von Lebertran Robbentran sich in den Flaschen befand. Die Drogen- und Abführstoffe waren verdorben und befanden sich in Gärung. An Stelle von Senesblätternpulver wurde zusammengefügter Staub aus einer Drogenmühle verabfolgt, der 75 Prozent Ascherückstand und keine Spur von Senesblättern enthielt. In einer Anzahl Packungen befand sich ein ganz anderer Inhalt, als auf den Etiketten vermerkt war. Mandelöl und Olivenöl waren verfälscht. Gafische Präparate waren nicht dem freien Verkehr überlassen, so daß die Käufer sich, ohne es zu wissen, durch deren Abgabe strafbar machten. Die geladenen Kreisärzte Dr. Pils und Frigge bezeichneten den Betrieb der Firma Heinz u. Co. als in höchstem Maße gemeingefährlich und die Präparate und Drogen als geeignet, die Gesundheit zu schädigen.

we. Die Handtaschenbetrüger nehmen in Wiesbaden überhand. Innerhalb kurzer Zeit sind deren an die zwanzig polizeilich gemeldet. Auch der 19 Jahre alte Tagelöhner Theodor Bernhardt ist am Abend des 9. Januar einer Dame, auf die er im Kaiser-Friedrich-Ring stieß, gefolgt und hat ihr das Portemonnaie, Schlüssel usw. entnommen. Die Taschendiebstahlsgewinne werden jedoch durch die hohen Kosten für die Verurteilung der Täter zu 4 Monaten Gefängnis und ordnete, weil Minderjährige vorliegen, seine sofortige Abführung in Unterstufungshaft an.

Der Magdeburger Schmiergelber-Prozess.

S. u. H. Magdeburg, 11. Febr. Vor der hiesigen Strafammer steht heute Verhandlung an in einem umfangreichen Prozeß, dessen Ausgang in weiten industriellen Kreisen mit Spannung entgegengesehen wird. Unter der Anklage der Übertretung des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb, im speziellen wegen aktiver Verleitung, haben sich die beiden Kaufleute Friedrich und Walter Besche, die Inhaber der hochangesehenen Lackfabrik Thurm u. Besche, zu verantworten. Die Fabrik, die mit einem sehr großen Umsatz arbeitet, soll durch ein umfangreiches Schmiergeldwesen seit Jahren Angestellte einschlägiger Geschäfte zu Verstellungen veranlaßt haben. Ins Rollen kam die Angelegenheit durch eine Anzeige des „Vereins gegen das Bestechungswesen“, Sitz Berlin, der dann auch die ersten Mitteilungen über die bevorstehende Gerichtsverhandlung in die Presse lanzierte. Darnach sollen die Vertreter und Reisenden der Firma Thurm u. Besche mit sogenannten Meisterlisten ausgerüstet gewesen sein, welche die Privatadressen von Werkmeistern, Einkäufern usw. enthielten. Die Listen enthielten auch charakteristische Fingerzeige für die Behandlung der einzelnen Angestellten, wie z. B. „recht gern“, „nimmt, wo er kann“, „ist aus Magdeburg“, „ist nahbar“, „treue Seele“ usw. Den Angestellten sollen in der Regel 5 Prozent, 7½ und 10 Prozent des Umsatzes in Aussicht gestellt worden sein, den die Lackfabrik Thurm u. Besche mit den bestochenen Angestellten erzielen würde. In einer Reihe von Fällen sollen sich die Provisionen auf 15, 20, ja 25 Prozent des Umsatzes belaufen haben. Sehr belastend für die Firmeninhaber sollen Provisionabschmachungen sein, wonach der Meister bis zum Jahresverbrauche seiner Firma von beispielsweise 12 Pfennig Leerdoll 15 Prozent erhielt, für jedes weitere Pfennig dagegen 20 Prozent. Die bestochenen Angestellten sollen bei der Buchführung wie Provisionsvertreter behandelt worden sein. Nach der Behauptung des genannten Vereins sollen die Konten im Mai und Dezember abgeschlossen worden sein, worauf die Schmiergelber den Betreffenden in eingeschriebenen Briefen zugestellt wurden. Aus beschlagnahmten Büchern der Firma soll hervorgehen, daß sich der Betrag der Schmiergelber in der Zeit von 1909 bis 1913 auf 135 000 M. belief, die sich auf ca. 200 Angestellte verteilten. Manche Angestellte sehr großer Fabriken sollen für ihren Anteil bis zu 7000 M. erhalten haben. Zu den bestochenen Angestellten sollen auch solche gehören, die in staatlichen Betrieben beschäftigt sind. U. a. wird in einem Einzelfall behauptet, daß hier ein Werkmeister der Kaiserlichen Werft in Frage komme, auf dessen Veranlassung hin dann der Lackverbrauch der Werft beträchtlich gestiegen sei.

Sport und Spiel.

* Turnen. Der Mittel-Taunus-Gau wird seinen diesjährigen Ganturntag am 1. März d. J. nachmittags 1 Uhr in Erbenheim im Gasthaus „Zum Löwen“ abhalten. Anträge und Gesuche um Übernahme der nachfolgenden Feste sind an den Gauvertreter einzureichen. Mit dem Gauvertag 1915 soll die Feier des 25-jährigen Bestehens des Gaues verbunden werden.

* Die Deutsche Turnerschaft hat zur nächsten Sitzung des Wettkampfausschusses des Deutschen Reichsausschusses für Olympische Spiele den Antrag eingereicht, sie als allein ausführende für die Spiele Barock, Schlagball, Faustball, Nordball, Tamburin und Schlenkerball anzuerkennen. Es besteht kein Zweifel, daß der Reichsausschuss diesen Antrag unterstützen wird. Je klarer die Zuständigkeit der Turn- und Sportverbände geregelt wird, je fester ist das friedliche Einvernehmen zwischen Turnen und Sport.

Neues aus aller Welt.

Eingebrochen und ertrunken. Speyer, 12. Febr. Ein schweres Unglück ereignete sich gestern in der Nähe des Angelwäldes, wo die Frau des Brauereiarbeiters Ubriga mit ihren beiden Kindern, einem Mädchen von 8 und einem Knaben von 11 Jahren, Solz holte. Am Weg abzufahren, verfiel sie ein mit Eis bedecktes Altwasser zu überschreiten, brachen aber alle drei ein. Die beiden Kinder ertranken, während die Mutter von vorbeigehenden Leuten mit knapper Not gerettet werden konnte.

Ein großer Fabrikbrand. Mannheim, 12. Febr. Heute nach 11 Uhr brach in den Mannheimer Mollewerken und Kalksteinfabrik in Rheinau innerhalb drei Stunden Feuer aus, dem der größte Teil des Fabrikangebotes zum Opfer fiel. Der Schaden beträgt 165 000 M. Unter dem Verdachte der Brandstiftung wurde ein Arbeiter aus Naudorf verhaftet.

Ein Schiffsdampfer bei Neufundland in Eis eingeschlossen. St. John (Neufundland), 12. Febr. Der Schlepper „Botomac“ von der amerikanischen Flotte ist mit 36 Mann auf der Heimreise von der Bai of Island am Schluß der Verrücktschifferei an der Westküste in einen Eisstrom geraten. Der Kapitän „Andreaschoggen“ hat Befehl erhalten, von Osten aus dem Schlepper zu Hilfe zu eilen, doch wird es schwierig das Eis zu durchdringen können und der „Botomac“ dürfte bis zum Frühjahr im Eis festgehalten werden.

Deutscher Reichstag.

Unfall- und Krankenversicherung.

S. Berlin, 12. Febr. (Fig. Drahtbericht) Der Reichstag hat heute seinen eigenen Reford geschlagen. Nur einmal bisher, und zwar unter Bismarcks Zeiten, hat die Beratung des Reichsamt des Innern 18 Tage in Anspruch genommen. Seit Delbrücks Amtsantritt ist man in der Regel mit 14 bis 17 Tagen ausgekommen. Diesmal hat der Reichstag, nachdem er heute schon beim 18. Tag angelangt ist, noch nicht einmal das Kapitel Reichsversicherungsamt zu erledigen vermocht.

So bunt, wie übrigens die erschrecklich langweilige Debatte durcheinander ging, so liegen sich doch drei große Hauptziele der Kritik erkennen. Bei der Besprechung der Denkschrift über die Rücklagen der Berufsgenossenschaften drehte sich die Diskussion um den Wunsch des Zentrums, die großen Vermögen der Berufsgenossenschaften für den genossenschaftlichen Kredit, namentlich der Handwerker-genossenschaften, fruchtbar zu machen. Ein Wunsch, für den auch die National-liberalen eintraten. Der fortgeschrittliche Abgeordnete Dorman lehnte eine materielle Änderung der Rücklagevorschriften ab. Die Befürchtung, daß die Rücklagen der Berufsgenossenschaften den Verfallsständen große Kapitalien entzögen, sei unbegründet. Zahllose Beschwerden betrafen die Durchführung der neuen Reichsversicherungsordnung. Ein konservativer Abgeordneter jammerte über die Belastung der Landwirtschaft, während der fortgeschrittliche Abgeordnete Hegner den Konservativen wirkungsvoll vorhielt, daß gerade die Landfrankenkassen, das ureigentliche Werk der Agrarier, bei geringeren Leistungen die höchsten Beiträge verlangten. Graf Westarp kritisierte lebhaft die sozialdemokratische Krankenkassenbeamtenorganisation, was natürlich auf der äußersten Linken eine heftige Antwort hervorrief. Der Staatssekretär und sein Ministerialdirektor versuchten, die mannigfachen Beschwerden zu prüfen. Auch über die Unfallrente wurde viel geklagt, und auch hier trennten sich rechts und links. Den Sozialdemokraten waren die Renten zu niedrig, die Rechtsprechung zu parteiisch, der Zentrumsabgeordnete H. H. findet, um nur ein Beispiel zu nennen, die Rechtsprechung in Unfallfällen durchaus sozial, vielleicht allzu sozial. Um 7 Uhr war man noch nicht viel weiter, als man schon um 1 Uhr gewesen ist.

Sitzungsbericht.

Staatssekretär des „Wiesbadener Tagblattes“.

Berlin, 12. Februar.

Am Bundesratssitz: Staatssekretär Dr. Delbrück. Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung um 1,14 Uhr. Die zweite Beratung zum

Etat des Reichsamt des Innern

wird fortgesetzt (18. Tag) beim Titel

„Reichsversicherungsamt“

in Verbindung mit der Beratung der Denkschrift über die Rücklagen bei den Berufsgenossenschaften.

Präsident Dr. Kaempf: Nach dem vorliegenden Stenogramm hat der Abg. Bauer gesagt, gewisse Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung seien ein Hohn auf den kaiserlichen Erlass von 1890. (Sehr wahr! bei den Soz.) Diese Worte verstoßen gegen die Ordnung des Hauses (Rau und Unruhe bei den Soz.) und enthalten eine Verleumdung sowohl des Reichstags als des Bundesrats. (Große Unruhe links; Sehr richtig! rechts.)

Abg. Irle (Zentr.): Auch wir wünschen, daß die Rechtsprechung des Versicherungsamts eine gerechte sei. Es wirken in ihr aber auch die Vertreter der Versicherten, und da stellt sich heraus, daß die Fälle vielfach ganz anders waren, als sie zuvor in der Presse geschildert wurden. (Unruhe und Lärm bei den Soz.) Bezüglich der Denkschrift der Berufsgenossenschaftlichen Rücklagen möchte ich fragen, ob ihre Auffassung auf Sachverständigen, die zugezogen worden sind, oder ob sie bloß auf mathematischer Berechnung beruht.

Für die versicherten Arbeiter besteht, wie ausdrücklich hervorgehoben werden muß, kein Grund zur Befürchtung hinsichtlich der Sicherstellung ihrer Ansprüche.

Dem Antrag auf Überweisung der Denkschrift an eine Kommission stimmen wir zu, wünschen aber, daß auch Sachver-

ständige zu diesen Verhandlungen hinzugezogen werden. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Schulenburg (natl.): So schlecht, wie die Reichsversicherungsordnung gestern von den sozialdemokratischen Rednern gemacht worden ist, ist sie denn doch nicht. Wir haben etwas Gutes mit ihr geschaffen. Man sollte es bezüglich der Mängel bei dem bisherigen Zustand benennen lassen.

Abg. Doormann (Sp.): Der Reichstag muß sich in Zukunft hüten, wieder in ein Gesetz die Bestimmung aufzunehmen, daß die gesetzlichen Vorschriften nach einer bestimmten Zeit zu einer erneuten Beschlußfassung vorgelegt werden sollen. Wir können beschließen, was wir wollen, der Bundesrat ist jetzt nicht geneigt, eine Änderung eintreten zu lassen. So bleibt alles beim alten.

Durch die Mängel wird namentlich den kleinen Gewerbetreibenden Kapital entzogen, das zusammengekommen eine erhebliche Summe ausmacht und in der Industrie besser angelegt wäre als in den Berufsgenossenschaften. Ich bedaure, daß schon jetzt die Mängel solche Dimensionen angenommen haben. Daß den Unternehmern die Freude an der sozialen Arbeit der Unfallversicherung genommen wird, ist im Interesse der Reichsversicherungsordnung, die des deutschen Namens würdig ist, zu bedauern.

Kaiserlicher Rat Aurin: Von einer Rentenversicherung durch die Berufsgenossenschaften kann keine Rede sein. Etwa 80 Prozent des Bedarfs sind gedeckt. In eine volle Deckung denkt kein Mensch. Die Mängel, die die Regierung verlangt, sind außerordentlich milde. Die Ansammlung des Reservefonds ging sehr schonend vor sich. Kommen Schwierigkeiten, dann wird das Versicherungsamt auch Minderungen eintreten lassen.

Abg. Siebenbürger (konf.): Wir begrüßen die Einbeziehung der Landfranken in die Reichsversicherungsordnung. Sie haben sich gut bewährt und heute wird nicht nur in Berlin und Umgebung, sondern in ganz Deutschland

der Ruf nach der Landfrankenklasse

laut. Ein Mangel ist die Höhe der Ration, die für die Versicherungsbeiträge gefordert wird. Die bürgerlichen Parteien mögen sich an den Krankenkassenwahlen eifriger beteiligen, sonst wird die Sozialdemokratie bald wieder zur Oberherrin in den Kassen kommen. Gleichzeitig appelliere ich an die Regierung, ihr Bestätigungsrecht dahin anzuwenden, daß nicht Agitatoren in diese Stellen hineinkommen. (Unruhe bei den Sozial.) Der Zentrumsresolution werden wir zustimmen.

Staatssekretär Dr. Delbrück: Die zahlreichen einzelnen Vorwürfe, die der sozialdemokratische Redner hier vorgebracht hat, kann ich auf ihre Richtigkeit hin nicht prüfen, jedenfalls handelt es sich aber in einer großen Zahl um Fälle, die vor den preussischen Landtag gehören. Was die Reichsleitung betrifft, so hat der Herr Reichskanzler kein allgemeines Aufklärungsrecht bezüglich der einzelnen Bundesstaaten, sondern ist lediglich auf Grund der Verfassung verpflichtet, dafür zu sorgen, daß die Gesetze grundsätzlich richtig durchgeführt werden. Ich bin bereit, alle hier vorgebrachten Fälle zu prüfen und mich dieserhalb mit dem Handelsminister in Verbindung zu setzen.

Bei der weitaus größten Mehrzahl der vorgebrachten Beschwerden handelt es sich nicht um Beschwerden, die in der Mangelhaftigkeit des Gesetzes ihren Ursprung haben, sondern in der Durchführung des Gesetzes.

Das ist nicht verwunderlich. Eine große Zahl von Behörden sind mit der Durchführung des Gesetzes betraut worden, die früher wenig oder gar nichts mit dieser Materie zu tun hatten. Darum ist der Vorwurf ungerichtet, daß die Behörden gefahrlässig gehandelt hätten. Lassen Sie uns Zeit, uns auch in dieses Gesetz einzuleben. Wir sehen hier dasselbe, wie bei anderen Gesetzen, wo auch zuerst ein Sturm von Beschwerden losbrach, die aber im Laufe der Zeit durch die Zentralbehörde auf ein Minimum beschränkt wurden.

Abg. Behrens (Wirtsch. Bg.): Der Darlegung des Staatssekretärs, daß die Behörden über die Materie des Gesetzes nicht gehörig vertraut gewesen seien, kann man nur zustimmen, wenn es auch wünschenswert ist, daß diese Behörden sich gegenüber den Ratshälften von Praktikern nicht ablehnend verhielten. Die Simeinbeziehung der Kinder der Bauern, der Söhne und Töchter des Hauses, die den Eltern bei der Arbeit helfen, finden in dem Krankentafelgesetz keine Begründung. Bei der Rentenentziehung könnte häufig etwas milder verfahren werden, überhaupt sollten die Ämter weniger bürokratisch vorgehen.

Abg. Feldmann (Soz.): Daß wir die Mittelstandsbesitzungen vernichten wollen, trifft nicht zu, daran haben wir kein Interesse. Nach den Entscheidungen der Versicherungsanstalt gilt ein Erblindeter nicht als völlig erwerbsunfähig. Gleichzeitig entschied man auch dahin, daß, wenn jemand den Kopf verloren hat, er sich auch daran gewöhnen kann.

Die Entscheidungen der Versicherungsämter sind vielfach himmelschreiend. Zum mindesten müßte ein Existenzminimum festgelegt werden.

Ministerialdirektor Dr. Caspar: Die Frage der Rationierung für die Befreiung von der Versicherungspflicht läßt sich nur von Fall zu Fall entscheiden. Die Landfranken haben sich bewährt. Ihre Vermehrung entzieht sich aber dem Einfluß des Reichskanzlers. Was die Versicherungsanstalt der Hauskinder betrifft, die in der Landwirtschaft beschäftigt sind, so bezieht sie sich nur auf solche Kinder, die gegen Lohn beschäftigt werden. Zahlung gilt dabei nicht als Lohn. Die Rente zu erhöhen, wenn des Arbeiters Verdienst gestiegen ist, geht nicht an. Die Übernahme von Beamten der alten Kassen steht den neuen Kassen frei und ihre Tätigkeit wird durch eine Dienstordnung festgelegt.

Die Regierung ist berechtigt, den Kassenbeamten die Befugnisse von Reichsbeamten zu gewähren.

Außer Dienst können sich diese Beamten politisch und religiös frei betätigen, während die mittelbaren Reichsbeamten sich gewisse Beschränkungen aufzulegen haben.

Abg. Graf Bismarck (konf.): Die Landfrankenklassen entsprechen den praktischen Bedürfnissen. Sogar in Großstädten, wie hier in Berlin, fordert man für die Dienstboten die Landfrankenklassen. Wir wünschen ferner, daß den Kassenangestellten die Beamtenqualität erteilt wird, die dadurch dem Beamtenrecht unterstellt werden und nicht mehr für die Sozialdemokratie agitieren können.

Abg. Gohs (Soz.): Jede Befreiung eines Unternehmers von der Pflicht, seine Angestellten zu versichern, kann zu einer schweren Schädigung der Krankenkassen führen, deshalb müssen die Kassen das Recht haben, die Verhältnisse genau zu prüfen, und wo sie auch nur den geringsten Argwohn haben, auch eine Ration zu verlangen. Bei der Frage der Angestelltenverhältnisse der Berufsgenossenschaften und der Kranken-

lassenbeamten sollte die Regierung auf strengste Durchführung des Gesetzes achten.

Jetzt wird die Politik in die Kassen getragen, und zwar gegen die Sozialdemokraten.

Das Gesetz wirkt geradezu vergebend. (Glocke. Präsident Dr. Kaempf: Wegen der letzten Äußerung rufe ich Sie zur Ordnung. Unruhe.) Daß man nicht einmal mehr von Gesetzen sprechen darf. Wozu sind wir denn überhaupt hier. (Glocke. Präsident Dr. Kaempf: Ich verbitte mir jede Kritik meiner Geschäftsführung und rufe Sie dieserhalb zur Ordnung. Lärm bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Hoffmann (Zentr.): Wir bitten, die Resolution betr. auf Festlegung des Begriffs Arbeiter zu berücksichtigen. Die Unfallklassen im Bergbau sind leider immer noch im Steigen, trotz der Erhöhung der Zahl der Sicherheitsmänner. Diese sollten aber vor allem geschützt werden gegen Übergriffe ihrer Vorgesetzten.

Abg. Hegler (Sp.): Die Klagen über Rentenquerscherei sind berechtigt. Bezüglich der Dienstbotenversicherung hätte die preussische Versicherung für genügende Aufklärung sorgen müssen. Die Konfessionen werden die Landfranken bald gegen die Ortskrankenkassen eintauschen wollen, denn wenn die leistungsfähigen Betriebe aus den Landfrankenklassen ausgeschieden sein werden, wird man die Beiträge herauf- und die Leistungen herabsetzen.

Abg. Khor (Zentr.): Das Hilfsarbeiterwesen in den Berufsgenossenschaften muß eingeschränkt werden. Darin sind schon Verbesserungen eingetreten. Auch die Einwurfe des Sozialdemokraten (Glocke. Vizepräsident Dove bittet, diesen Ausdruck zu unterlassen.) Vorwürfe des Abg. Giebel gegen die Organisation der Berufsgenossenschaften sind ungerechtfertigt. Wenn der Abg. Bauer von einer schwankenden und unklaren Rechtsprechung des Versicherungsamts spricht, so muß er bedenken, daß bei jedem Unfall besondere Verhältnisse obwalten.

Abg. Dr. Pfeiffer (Zentr.): Bei Beratung der Reichsversicherungsordnung haben die schwammigen Bestimmungen für die Hausgewerbetreibenden eingegriffen. Es wurde damals von der Regierung die wohlwollende Handhabung der Bestimmungen versprochen. Tatsächlich ist das Versprechen nicht gehalten worden; ich bin schwer enttäuscht darüber. (Hört! bei den Sozialdemokraten.) Unter den Korbmachern in Franken herrscht eine offene Empörung, daß sie fälschlich als Heimarbeiter betrachtet werden und versicherungspflichtig sind.

Ministerialdirektor Dr. Caspar: Die Verhältnisse im Korbmachergewerbe sind zweifellos schwierig. Die Untersuchung der Frage ist noch nicht abgeschlossen. Auch das Augenzittern der Veraleute wird daraufhin noch untersucht, ob es als eine Berufskrankheit anzusehen ist.

Damit schließt die Diskussion. Die Abstimmungen werden morgen vorgenommen. Die Denkschrift wird einer Kommission von 14 Mitgliedern überwiesen.

Nach persönlichen Bemerkungen wird die Weiterberatung auf Freitag 1 Uhr verlagert; vorher kurze Anfragen. Schluß 7 Uhr.

Zur Geschäftslage des Reichstags.

Der Seniorenkongress des Reichstags trat heute vor der Plenarsitzung zusammen, um über die Geschäftslage zu beraten. Es wurde beschlossen, heute das Reichsversicherungsamt und morgen den Etat des Reichsamts des Innern, wenn möglich, zu Ende zu führen. Am Sonntag soll der Etat des Reichsjustizamts beginnen. Dem Seniorenkongress lag ein vom Bureau des Reichstags ausgearbeiteter Kontingierungsplan für die Staatsberatung vor, nach dem es ermöglicht werden soll, die zweite und dritte Sitzung noch vor Ostern fertigzustellen. Ein Beschluß darüber wurde nicht gefaßt, da Bedenken gegen die Möglichkeit der Einhaltung des Planes erhoben wurden.

Abgeordnetenhaus.

Eigener Drahtbericht des „Wiesbadener Tagblatts“.

§ Berlin, 12. Februar.

Es liegen Anträge der Nationalliberalen und der Konservativen, betreffend den Schutz der Arbeitswilligen vor. Ein nationalliberaler Antrag betrifft das passive Kommunalwahlrecht der Beamten und ein sozialdemokratischer betrifft eine Denkschrift über den Arbeitswilligenzwang.

Abg. Cassel (Fortschr. Bpt.) bedauert die Entgleisungen des Abg. Hoffmann, hätte aber von einer Änderung der Geschäftsordnung abgesehen. Die Unfallversicherungsordnung im Kreise Nieder-Barnim hält er für einen ungeheuerlichen Mißbrauch. Die Arbeitswilligen zu schützen, dazu genügt die polizeilichen Vorschriften. Waslkommen haben schon alle Parteien mit der Sozialdemokratie getroffen. Den sozialdemokratischen Antrag Braun wollen wir gern prüfen. In Münster ist ein Sachverständiger wegen seines jüdischen Glaubens abgelehnt worden. Die Beschwerde hatte keinen Erfolg. Wir protestieren, daß wir als Partei behandelt werden. Der Wit der Herrn Karborff, mich als König von Berlin zu bezeichnen, war stumpf. Seine Rede war eine Hezrede.

Die Konservativen haben die Königsrede für sich nicht allein gepachtet.

Wir wollen jedoch, ohne die Rechte der Krone zu verkürzen, daß das Parlament eine wirkliche Bedeutung hat.

Minister v. Dallwitz: Die Klagen über unparteiliche Behandlung der jüdischen Staatsbürger sind unberechtigt. Er habe nur die Angriffe der Stadt Berlin zurückgewiesen. Die Vorwürfe, daß wir die Grundsätze der steuerlichen Gleichberechtigung verletzen, sind unbegründet.

Abg. Korfanty (Polen): Die Durchführung des Reichsvereinsgesetzes durch die preussischen Behörden widerspricht dem Wortlaut des Gesetzes. Die bisherige Anwendung des Arbeiterlegitimationszwanges führt zu Schikanen. In Myslowitz ist ein Mädchenhändler, der aus Österreich ausgewiesen war, von der Polizei unterstützt worden. Wenn der Landwirtschaftsminister Herrn von Liebenow bittet, die Angriffe gegen ihn einzustellen, so beweist das, daß eine Regierung vorhanden ist.

Unterstaatssekretär Polz: Die Information des Vorredners über die Unterstützung des Mädchenhändlers durch die Polizei in Myslowitz läßt bezüglich ihrer Richtigkeit zu wünschen übrig. Auch die wiederholt von den Polen verbreitete Erklärung, wonach Polizeibeamte Briefschaften von Polen aus den Briefkästen entnommen hätten, ist eine Verächtlichkeit, die durch nichts bewiesen werden kann. (Beifall rechts.)

Abg. Ströbel (Soz.): Die Rede Hoffmanns war ein Akt der Notwehr, es war die Antwort auf die Bergewaltigung, die man den Rednern unserer Partei einige Tage vorher angetan hatte.

Wenn Sie die Geschäftsordnung abändern und unsere Kritik erdroffeln wollen, so versuchen Sie es nur. Wir werden schon das sagen, was wir für unsere Pflicht halten. Wenn der Abg. Hoffmann ein paar mal entgleiste, so ist das nicht so schlimm. Das kommt überall einmal vor. Es ist doch kürzlich die Tonart des „Berl. Tagblatts“ als hundsgemein bezeichnet worden, aber die bürgerliche Gesellschaft treibt eine Vogel-Strauß-Politik und sieht ihre eigenen Fehler nicht. Es ist kein Zweifel, daß unsere Zensur vielfach in standalöser Weise ausgenutzt wird. Herr Fuhrmann hat gestern eine Scharf-macherrede großen Stils gehalten. Sein Ziel ist die Erdrückung der Gewerkschaften im Interesse des Unternehmertums. Der Abg. Fuhrmann verblüdet sich mit jener Seite (nach rechts), die sogar die Befreiung der Freizügigkeit wünscht und die Arbeiter in den Zustand der Sklaverei versetzen will. (Widerspruch rechts.) Aus nichtigen Gründen werden Ausländer ausgewiesen. Deshalb bitten wir um Annahme unseres Antrags.

Nach persönlichen Bemerkungen der Abgg. v. Karborff (konf.), Cassel (Bpt.) und Korfanty (Polen) wird die Weiterberatung auf Freitag 11 Uhr verlagert. Schluß 5 Uhr.

Letzte Drahtberichte.

Ein Besuch des Reichskanzlers in Hamburg.

wb. Hamburg, 12. Febr. Der Reichskanzler wird, einer Einladung des Senats entsprechend, in den ersten Tagen des März Hamburg besuchen.

Die Stellung des Reichskanzlers.

S. Berlin, 12. Febr. (Eig. Drahtbericht.) Die Stellung des Reichskanzlers, die nach vor einigen Wochen so unheilbar erschüttert erschien, ist, wie wir schon neulich andeuten konnten, inzwischen gefestigter und gesicherter geworden denn je. Die ganze Haltung des Reichskanzlers bei jeder öffentlichen politischen Kundgebung der letzten 14 Tage läßt das deutlich erkennen. Während der Reichskanzler in der denkwürdigen Antwort auf den Angriff des Abgeordneten v. Seydewitz unmissbar nach der Konferenz von Potsdam — trotz aller Ablehnungen — den Eindruck nicht nur des politischen, sondern auch des physischen Zusammenbruchs machte und die konservativen flehentlich um Schonung bat, zeigt der Reichskanzler neuerdings die denkbar beste Laune und liegt auch konservativen gegenüber, wie das auch in der gestrigen Rede auf dem Deutschen Landwirtschaftscongress hervorging, doch eine gewisse Festigkeit erkennen. In politischen Kreisen glaubt man heute wieder, daß Herr von Bethmann-Hollweg über die Mißerfolge hinaus den Kanzler-fest behaupten werde und, wenn überhaupt der Stalt-halterposten in Elßa-Lothringen frei werde, der Nachfolger nur im Sinne des jetzigen Reichskanzlers ernannt werden wird. In politischen Kreisen tritt man dieser Wendung der Dinge im Zusammenhang mit der Tatsache, daß gewisse offenkundige Versäumnisse zwischen dem Kaiser und dem Kronprinzen jetzt angeblich völlig beseitigt sein sollen und daß an dieser „Ausöhnung“ Herr v. Bethmann-Hollweg das Hauptverdienst tragen soll.

Bundesratsbeschlüsse.

wb. Berlin, 12. Febr. In der heutigen Sitzung des Bundesrats wurde die Überfahrt der Geschäfte des Reichsgerichts im Jahre 1913 zur Kenntnis genommen. Den zuständigen Ausschüssen wurde überwiesen: der Entwurf eines Gesetzes, betr. die Postdampferverbindungen mit überseeischen Ländern, und der Entwurf einer Verordnung, betr. die Änderung der Bestimmungen über die Tagegelde usw. der Betriebsbeamten der Reichseisenbahnenverwaltung. Die Wahl von Mitgliedern der Disziplinarkammer für Elßa-Lothringische Beamte und Lehrer in Straßburg wurde vollzogen. Über die Befegung einer Stelle des kaiserlichen Aufsichtsamts für Privatversicherung wurde Beschluß gefaßt. Der Vollverwaltungsstellenetat für Oldenburg und der Salzsteuerverwaltungsstellenetat für Anhalt wurden genehmigt. Zur Annahme gelangt die Vorlage, betr. die Änderung der Ausführungsbestimmungen zum Kaiserliche, der Entwurf eines Gesetzes, betr. Änderung der §§ 33 und 33a usw. der Gewerbeordnung, und der Entwurf eines Gesetzes gegen die Gefährdung der Jugend durch Ruchausstellung von Schriften, Abbildungen und Darstellungen.

Zusammentritt des nationalliberalen Parteivorstandes.

S. Berlin, 12. Febr. (Eig. Drahtbericht.) Der Zentralvorstand der nationalliberalen Partei tritt am 29. März zu einer Sitzung in Berlin zusammen. Die konservativen Änderungsanträge der Geschäftsordnung im preussischen Landtag.

§ Berlin, 12. Febr. (Eig. Drahtbericht.) Wie der „Polenanzeiger“ in Bestätigung unserer bereits gebrachten Nachricht über Verhandlungen im Abgeordnetenhaus berichtet, sind zwischen den bürgerlichen Parteien tatsächliche Verhandlungen im Gange, die darauf abzielen, die bisherigen unbeschränkte Redefreiheit zu begrenzen. Zentrum und Nationalliberale wären geneigt, die Dauer der Reden auf zwei Stunden festzulegen, während die Konservativen dem Redner nur eine Stunde bewilligen und dann das Haus befragen wollen, ob es geneigt sei, den Redner weiter anzuhören. Wie die „Post“ dazu noch erfahren haben will, haben die bürgerlichen Parteien beschlossen, künftig den Sitzungssaal während der Reden des Abgeordneten Hoffmann zu räumen und den Verkehr mit dem Abgeordneten auf die unermessliche Erleichterung des Geschäftlichen zu beschränken.

Eine Kluft in der nationalliberalen Partei?

S. Berlin, 12. Febr. (Eig. Drahtbericht.) Die geistige Abgeordnetenhausrede des Abgeordneten Fuhrmann, des bekannten Begründers und Führers der „nationalliberalen“ Sezession, hat aufs neue den Eindruck hervorgerufen, daß zwischen den Nationalliberalen und den alten Nationalliberalen, oder, wie man auch sagen kann, zwischen der preussischen Landtagsfraktion und der Reichstagsfraktion die Kluft immer breiter und tiefer wird. Insbesondere die Bereitwilligkeit des Abgeordneten Fuhrmann, an einer gesetzlichen Regelung des Schutzes der Arbeitswilligen mitzuwirken, steht in schärfstem Gegensatz zu der Stellung der Reichstagsfraktion. Es fragt sich heute nur noch, unter wem der größere Teil der Partei steht, ob hinter Wasser mann, ob hinter Fuhrmann. Eingeweichte Kreise wollen wissen, daß ein großer Teil der Reichstagsfrak-

deutscher Reichsfunkler aus seiner nicht bloß verfassungsmäßigen, sondern auch moralischen Verantwortung heraus anders gar nicht sprechen kann, so bleibt es doch anzuerkennen, daß Herr v. Bethmann-Hollweg seine Gewissenspflicht in einwandfreier Weise erfüllt hat. Seine etwaige Voraussetzung, daß der den Hören lieblich klingende Teil der Rede den weniger angenehmen Teil über die Klippen ausfallenden Verdruisses hinwegheben werde, hat sich nun freilich nicht bestätigt. Die Konservativen sind unmisslich, und sie zeigen es. Die „Kreuzzeitung“ zeigt es, indem sie über die Kanzlerrede überhaupt kein Wort sagt, die weniger auf Diplomatie eingestellte „Deutsche Tageszeitung“ aber schimpft. Das Bündlerblatt begreift nicht, wie der Reichsfunkler dazu kam, gerade im Landwirtschaftsrat die Gefahr staatlicher Absonderung und Vereinzelung an die Wand zu malen. Der Preussensbund stehe doch ohne Zweifel auf dem Boden des Reichsgedankens, und wenn er die unbedingten Ansprüche gegen die Vormacht zurückweise, so bekämpfe er in Wirklichkeit eine gefährliche Art des Partikularismus. Als dialektische Leistung nicht übel, sonst aber so unhaltbar, daß man sich mit dieser Spitzfindigkeit nicht weiter zu beschäftigen braucht. Am ärgerlichsten ist die „Deutsche Tageszeitung“ über den Satz des Reichsfunklers: „Sollen wir gegen die Ausartung demokratischer Einrichtungen, welche die Schöpfer des Reichs in der ausgesprochenen Absicht geschaffen haben, die partikularistischen Neigungen der deutschen Stämme niederzuhalten, sollen wir da Hilfe und Abwehr suchen in der Reuebelegung ebensolcher partikularistischer Tendenzen?“ Das Verbrechen des Herrn v. Bethmann-Hollweg besteht offenbar darin, daß er gewisse Einrichtungen des Reichs „demokratisch“ genannt hat und nicht nur unzufrieden mit diesem Tatbestande ist, sondern sich die Auffassung aneignet, diese Beigabe von Demokratie sei zur Niederhaltung partikularistischer Neigungen von Nutzen. Wir brauchen hier den Kanzler nicht gegen beschränkte und sanftere Ansichten zu verteidigen, und es ist auch nicht erforderlich, ihn übermäßig zu loben, weil er eine Selbstverständlichkeit ausgesprochen hat, aber die Reuebelegung ist wiederum, wie lange es Herr v. Bethmann-Hollweg anhält, wird und kann, wenn er bei all seinem guten Willen, sich die Konservativen zu versöhnen, immer aufs neue den Horn der Reue herausfordert. Er will ihn selbstverständlich nicht herausfordern, jedoch macht sich das stets von selbst, weil ein Reichsfunkler nach dem Herzen des Grafen York v. Wartenburg und des Herrn v. Oldenburg-Lanschan nicht möglich ist.

Die Notwendigkeit der Volkstümlichkeit des Rechts. *)

Von Oberverwaltungsgerichtsrat Schiffer, M. d. R. und M. d. A.

Einer unserer Größten im Reiche des Rechts, Friedrich Carl von Savigny, hat den schönen Ausspruch getan, daß das Recht kein Dasein für sich habe; sein Wesen sei vielmehr „das Leben der Menschen selbst — von einer besonderen Seite angesehen“. Freilich hat er sein eigenes Wort nicht in seiner vollen Tragweite übersehen, zum wenigsten nicht betätigt. In seinem berechtigten Kampfe gegen die Überspannung des Naturrechts, das seine Begriffe im luftleeren Raume vollkommener Voraussetzungslosigkeit, losgelöst von Ort und Zeit, bildete, verfiel er in den entgegengesetzten Fehler, das Recht lediglich unter dem geschichtlichen Gesichtspunkte als etwas Gewordenes zu betrachten und darüber das werdende Recht, das Recht der Gegenwart und der Zukunft zu vernachlässigen. Erst sein Schüler und späterer Widerpart, Rudolf von Jhering, rang sich durch das römische Recht über das römische Recht hinaus und bahnte den Bestrebungen den Weg, die heut darauf ausgehen, Recht und Leben miteinander in Fühlung und dauernde Verbindung zu bringen. In diesem Sinne ist die Volkstümlichkeit des Rechts die Forderung des Tages, bei der nicht sowohl mehr streitig ist, ob sie begründet

ist, als vielmehr, wie sie verwirklicht werden kann. Diese ihre Verwirklichung aber muß auf zwei Wegen erfolgen. Volkstümlich soll unter Recht sein, indem sein Inhalt mit der Überzeugung des Volkes in Übereinstimmung stehen soll. In dieser Hinsicht kann es aber nur vollständig sein, wenn das Volk sein Recht versteht. So lange es den Gesetzen und ihrer Anwendung verständnislos und eben deshalb fremd, gleichgültig und mißtrauisch gegenübersteht, kann gar nicht davon die Rede sein, daß es auf ihren Inhalt denjenigen Einfluß ausübt, der die Brücke zwischen dem Empfinden der Nation und der Technik der Gesetzgebung und der Rechtsprechung schlägt. Wir sehen denn auch, wie zwar alle Welt auf Recht und Rechtsschimpf, aber gar nicht daran denkt, sich an der Mitarbeit, an der eigentlich juristischen Ausgestaltung unserer Verhältnisse zu beteiligen. Wie ist der Saal unserer Parlamente leerer, als wenn die Beratung des Justizetats oder einzelner Justizgesetze auf der Tagesordnung steht; nur ausnahmsweise beteiligen sich Laien an ihr und verfechten die Regel noch nicht, in etwas höflichem Ton gewissermaßen mit Entschuldigung dafür zu bitten, daß sie es überhaupt wagen, den geheiligten Boden der Themis zu betreten. Als ob es nicht ihre ureigensten Angelegenheiten wären, die hier besprochen, umstritten, entschieden werden! Als ob nicht die Technik der juristischen Fassung nur das Gewand wäre, das den lebendigen Körper des Volks in seinem wirtschaftlichen, kulturellen, gesellschaftlichen, politischen Wesen und Wirken umgibt und umschließt. Nur wenn dies Gewand dem Körper, den es umhüllt, gut angepaßt ist, wenn es nicht zu weit und nicht zu eng ist, ihn vor Unbilden und Angriffen schützt und ihn doch nicht einschnürt und einengt, kann und wird sich unser Volk wohl in ihm fühlen. Deshalb darf es aber auch nicht seine Gestaltung dem juristischen Kleiderkünstler allein überlassen; deshalb muß es ihm kundtun, wo es ihm nicht zutrifft, wo es Risse hat oder jähmt und preßt; deshalb muß es selbst mit Hand anlegen, damit es ihm auf den Leib zugeschnitten ist. So ergreift sich die Stufenleiter unserer Forderungen: Verständnis des Volkes für sein Recht, aus dem sich alsdann das Interesse für das Recht entwickelt, das schließlich zur bewußten und freudigen Mitwirkung an der Gestaltung des Rechts führt.

Deutsches Reich.

* Hof- und Personal-Nachrichten. Der Kaiser nahm Donnerstagmittag im Berliner Schloss den Vortrag des Chefs des Generalstabs der Armee v. Moltke entgegen.

Der Präsident des Bundes, Geheimrat Rieker, ist nach zweimonatigem Aufenthalt in Amerika gestern in Rom eingetroffen.

* Längerer Aufenthalt der Kaiserin in Braunschweig. Die Kaiserin trifft am 25. Februar zu einem vierwöchigen Besuch in Braunschweig ein.

* Ein Besuch des Grafen Verstoß in München. Die Wiener „N. Fr. Pr.“ meldet: Der Minister des Äußern Graf Verstoß wird mit seiner Gemahlin Anfang März zu einem zweitägigen Aufenthalt in München eintreffen, um dem König und der Königin seine Aufwartung zu machen und dem Grafen Hertling den Gegenbesuch abzustatten, der schon im vorigen Jahre beabsichtigt war, aber wegen der damaligen akuten Balkanfrage unterbleiben mußte.

* Was man von Sazonows Berichtung zu halten hat. Einige Petersburger Blätter geben die in Deutschland verbreitete Berichtung der Äußerungen Sazonows im Budgetauschuß wieder. Demgegenüber versichert nach einer Meldung der „Frankf. Ztg.“ eine durchaus zuverlässige Seite, daß die Äußerungen ursprünglich in der bekanntgewordenen Fassung gemacht worden seien.

S. Zentrum und Vatikan. Von unserem römischen Korrespondenten wird uns geschrieben: Nachdem meine Angaben, wonach Kardinal Kopp in seinem Vorgehen gegen die Kölner im allgemeinen und gegen den Bischof von Baderborn im besonderen lediglich den Weisungen des Papstes gefolgt war, durch die letzten Erklärungen des Kardinalstaatssekretärs Merz bei Vat nach Wien hin ihre Bestätigung erhalten haben, bedarf es lediglich noch der Feststellung, daß die Empörung über das Verhalten des Zentrums im Vatikan nach Bekannt-

werden der jüngsten Beschlüsse dieser Partei, die ihren konfessionellen Charakter verleugnen will, geradezu unbegreiflich ist. Wir wird von einflussreicher Seite versichert, daß der Papst den betreffenden Mitteilungen gegenüber eine Haltunglosigkeit an den Tag gelegt habe, die der Umgebung wegen seines leidenden Zustandes große Besorgnisse einflößte. Inzwischen dürfte auch Bischof Schulte aus Rom eine Belehrung erhalten haben, die ihm jeden Zweifel rauben wird, wer dort mehr in Gunst steht.

* Kreisdirektor Wahl lehnt alle Ehrungen ab. Aus Straßburg wird berichtet: Kreisdirektor Wahl lehnte alle ihm aus Anlaß seiner Versetzung nach Oberelsaß von Stadt und Kreis hienach zugesandten Ehrungen ab, ebenso auch einen Fidejussus der hiesigen Einwohnerschaft.

* Die neuen Vereins- und Versammlungs-Gesetzentwürfe für Elsaß-Lothringen. Die mehrere eifrigsten Blätter mitteilen, daß die Reichsregierung beschließen, noch in diesem Jahre dem Reichstag die Gesetze über das Vereins- und Versammlungsrecht in Elsaß-Lothringen und den Gesetzentwurf, der sich gegen die in Elsaß-Lothringen in französischer Sprache erscheinenden Zeitungen richtet, vorzulegen.

* Aus den Statuten der deutschen Zentrumspartei. Der positive Erfolg der letzten Zentrumsversammlung in Berlin liegt jetzt vor in Gestalt der „Statuten der deutschen Zentrumspartei“, die der Reichsausschuß einstimmig gutgeheißen hat. Aus den Statuten seien folgende Punkte hervorgehoben: § 1. Die Organisation der deutschen Zentrumspartei für die Behandlung der Angelegenheiten des Reiches umfaßt: 1. die Wahlkreisausschüsse in den Reichstagswahlkreisen; 2. die Landesverbände in den Bundesstaaten; 3. den Reichsausschuß. § 2. Über die Behandlung der Angelegenheiten der einzelnen Bundesstaaten oder Provinzen, Gemeinden oder Gemeindeverbände sowie über die Gestaltung der hierfür bestimmten Parteioorgane entscheiden die Parteimitglieder dieser Wahlkreise unabhängig von den Reichsorganen der Partei. § 3. Dem Reichsausschuß der Partei steht die oberste Leitung der Partei in Angelegenheiten des Reiches, insbesondere die Feststellung der Parteiführung und des Parteiprogramms, zu. Dieser Reichsausschuß setzt sich zusammen aus Mitgliedern des Vorstandes der Zentrumsfraktion des Reichstags, der Vorstände der Zentrumsfraktionen der Landtage der größeren Bundesstaaten und aus den ersten Vorständen der Landesverbände. Der Vorstand des Reichsausschußes zählt 17 Mitglieder; sein erster Vorsitzender ist der erste Vorsitzende der Zentrumsfraktion des Reichstags.

* Der neue Järther Bürgermeister. Als erster rechtskundiger Bürgermeister an Stelle des zum Mannheimer Oberbürgermeister gewählten bisherigen Bürgermeisters Dr. Kuber wurde gestern einstimmig Rechtsanwalt Dr. Robert Wild aus Regensburg gewählt.

* Zur Pflege und Förderung der deutsch-amerikanischen Handelsbeziehungen sowie zum Schutze der kommerziellen Interessen ist unter den Staatsgesetzen des Reichs eine Chamber of German American Commerce incorporiert worden. v. Helms vom Norddeutschen Lloyd, Fern, Gieseler, Isaac Seligmann und Simon Bernheimer von der Firma Gebrüder Rosse in Berlin sowie andere bedeutende Großkaufleute und Bankiers gehören dem Direktorat an. Es wird auch ein Zusammenarbeiten mit der amerikanischen Handelskammer in Berlin und der Deutschen Gesellschaft für Welthandel erstrebt.

* Das Verfahren gegen die Zerstörungsfabriken. Die Firma Georg A. Jasmah, L.-G., hatte bekanntlich nach der Hausdurchsuchung bei ihr und 22 anderen Dresdener Zerstörungsfabriken den Ruch angebracht, daß die Untersuchung gegen sie wegen angeblicher Geheimbündelei möglichst beschleunigt werde. Das sächsische Justizministerium hat sich daraufhin die Akten dieses Falles vorlegen lassen und feststellen können, daß die Staatsanwaltschaft die Angelegenheit bereits mit der größten Beschleunigung betrieben hatte.

* Das Vorgehen Berlins in der Arbeitslosenfrage. Die Berliner Stadtverordnetenversammlung hat gestern einen Beschluß von prinzipieller sozialpolitischer Bedeutung gefaßt. Sie hat übereinstimmend 300 000 M. zur Bewilligung von Darlehen an Einwohner zur Verfügung zu stellen, die durch die ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse in vorübergehender Notlage geraten sind. Die Tribünen des Saales waren bei der Beratung bis auf den letzten Platz gefüllt, so daß sie schließlich gesperrt werden mußten.

* Der Ausbruch des Deutschen Handelslages trat gestern vormittag im großen Sitzungssaal des Berliner Börsegebäudes unter dem Vorsitz des Präsidenten Dr. Raempf zu einer

Feuilleton.

Aus Kunst und Leben.

* Der neue Freund. Eugène Irieux hat eine soziale Satire verfaßt, die dem Schriftsteller Ehre macht, dem Dramatiker sein glänzendes Berufsgewinn ausstellt. Präsident Poincaré war zur Generalprobe erschienen — er scheint allen Kollegen von der Akademie diese Aufmerksamkeit erweisen zu wollen. Und so gewann die Festschau von „Le Bourgeois aux champs“ im Odéon in Paris noch an Bedeutung. Denn Irieux, der Abscheu vor den leeren Unterhaltungsmodellen hat und immer eine lehrreiche Tendenz verfolgt, wollte diesmal in die Landpolitik Frankreichs hineinschauen. Wir erfahren, warum die französischen Bauern nichts vom Sozialismus wissen wollen. Der Held des neuen Stückes ist Cocatrix, vermögender Gutsbesitzer und sozialistischer Schwärmer, der auf seine alten Tage die Landbewohner von ihrem Glend überzeugen und zum Selbstbewußtsein bringen will. Er kauft darum in der Auvergne ein großes Gut an, das er nach den allermodernsten Errungenschaften der Agronomie und den schönsten Theorien der Gleichberechtigung bewirtschaften will. Aber seine Bauern locken ihn aus, spielen ihm jeder Art Schabernack. Da er nicht den Rat seines Gutsnachbarn, eines alleingesessenen Grafen, befolgen und die habgierigen Auerbarnen hart behandeln will, rettet er sich in die Großstadt zurück, indem er seine Medea-Künste spielen läßt, den Dummheit des Blauen vom Himmel verpöndelt und dafür gewählt wird. „Der Bourgeois vom Felde“ ist einer der jetzt sehr zahlreichen Kapitalisten, die sich in der Republik als radikale Sozialisten oder sozialistische Radikale hinstellen und so ein Ministerpostentzweifel zu erringen suchen. Irieux hat keinen der unpopulären Herdengott, verlor sich aber in langen politischen Diskussionen, die amüsant zu

lesen sein werden, auf der Bühne jedoch ermüdend. Die kleinen Nebengeschichten, die Gattin, die nicht ohne die Rue de la Paix leben kann, die Tochter, die erst den Sohn des großen Nachbarn mit ihrem landwirtschaftlichen Eifer bestreben will, dann dem aus anarchohämischen Milieu hervorgegangenen und zum großen Automobilfabrikanten bestimmten Chauffeur des Papas die Hand reicht — dies und anderes war recht niedlich, aber nicht überwältigend. Der frühere Dreißig-Virtuos Gilbert gab Cocatrix zu vollen Bewußtsein; sonst war die Darstellung sehr bemerkenswert. Antoine, der sich im entlegenen Odéon recht sehr entmutigen ließ, wird dank der Freundschaft des Unterrichtsministers Wibiani mit neuer Kraft eingeführt: das Schreien, mit dem Wibiani vor den Parlamenten die Extrazubehaltung von 125 000 Franken zur Verhinderung eines Streiks begründet, ist voll der Anerkennung für Antoinettes Bemühungen. C. Rahm.

Kleine Chronik.

Theater und Literatur. „Zeitgenossen“, das vielbesprochene Schauspiel von Georg Hermann, das gestern am kleinen Theater zu Berlin zum 50. Male in Szene ging, wurde fälschlich auch am Königsberger Neuen Schauspielhaus zum 25. Male gespielt.

„Ruf“, das Drama von John Galsworthy, das in England den Aufstoß zu einer Änderung des Gefängniswesens gegeben hat, konnte sich in Prag bei seiner Erstaufführung im Deutschen Theater nicht die Gunst der Zuschauer verschaffen. Der schwache Beifall nach den Aufschlüssen galt nur den Schauspielern.

Frangiska Ellenreich hat ihre künstlerische Tätigkeit am Deutschen Schauspielhaus zu Hamburg aufgenommen, um als Nachfolgerin von Augusta Buge in den Verband des königlichen Schauspielhauses in Berlin einzutreten.

Der Lustspielautor Alfred Capus wurde zum Mitglied der Académie française gleich im ersten Wahlgang mit 16

Stimmen gewählt, während sein Gegenkandidat, der frühere Ministerpräsident Bourgeois, mit 13 Stimmen in der Minorität blieb. Bei der radikalen Partei hat die Niederlage Bourgeois peinliche Überraschung hervorgerufen.

In Wien hat der Verband deutscher Bühnenschriftsteller gestern einen für die deutsche Schriftstellerschaft höchst wichtigen Beschluß gefaßt. Gegenstand der Verhandlungen waren die alten Klagen, daß am Wiener Burgtheater die deutschen Autoren ungünstiger behandelt werden als fremdländische. Gegenüber deutschen Bühnenschriftstellern geht die Intendantur grundsätzlich keine Aufführungsverpflichtung ein, ebenso wenig läßt sie sich auf einen Aufführungstermin festlegen. Mit den Ausländern verfährt man nicht so streng, ihnen gewährt man alle Vergünstigungen, um welche die deutschen Autoren bisher vergeblich gebeten haben. Da diese bereits fast sechs Jahre andauernden Verhandlungen bisher kein Resultat ergeben haben, hat der Verband gestern unter dem Vorsitz Ludwig Fuldas den Beschluß gefaßt, ein Ultimatum zu stellen, die Bedingungen für die deutschen Autoren zu ändern, widrigenfalls Gegenmaßnahmen ergriffen werden sollen.

Bildende Kunst und Musik. Gustav Pauli, der Direktor der Bremer Kunsthalle, hat den ihm angetragenen Posten des Direktors der Hamburger Kunsthalle angenommen. Er wird somit Lichtwarks Nachfolger.

Die königl. Bayerische Kammerfängerin Adrienne von Agou-Osborne erhielt gelegentlich eines Konzertes vom Fürsten zu Schaumburg-Lippe die 1. Klasse des Ordens für Kunst und Wissenschaft und vom Herzog von Koburg-Gotha die goldene Medaille mit der Krone.

Wissenschaft und Technik. Das Technikum Altenburg, S.-A., eine unter Staatsaufsicht und der Direktion des Ingenieurs Professor Romad stehende höhere und mittlere technische Lehranstalt, tritt in das 39. Semester seines Bestehens ein.

Sitzung zusammen, die von Delegierten aus allen Teilen des Deutschen Reiches besucht war. Für die Beratungen des Ausschusses sind zwei Tage in Aussicht genommen. Auf der Tagesordnung steht eine Reihe wichtiger handelspolitischer Fragen.

* In Sachen der Luftfahrtssteuer der Stadt Berlin hat der Bezirksausschuß die Klage des Rufus Busch und des Wintergartens abgewiesen und damit die Steuerordnung der Stadt Berlin für gültig erklärt. Die Kläger werden beim Oberverwaltungsgericht Berufung einlegen.

* Der Krankenlassenfrieden. Auch in Stolp ist es zwischen den Ärzten und den Krankenlassen durch Vermittlung des Regierungspräsidenten von Köslin zu einer Einigung gekommen. Es ist ein neuer Vertrag auf fünf Jahre abgeschlossen worden.

* Eine Bischofskonferenz in Luxemburg. Zu einer Bischofskonferenz bei Bischof Kopp in Luxemburg sind gestern Bischof Korum (Trier) mit seinem Sekretär Erb und Weihbischof Häfeling von Langenauer (Baderborn) eingetroffen.

* Ein neuer Frauenstimmrechtsbund. Die Frauenstimmrechtsvereine, die nach der Eisenacher Tagung aus dem Deutschen Verband für Frauenstimmrecht ausgeschieden sind, haben sich unter dem Namen „Deutscher Frauenstimmrechtsbund“ zu einer auf völlig demokratischer Grundlage beruhenden neuen Organisation zusammengeschlossen.

* Zur Vereinigung von Mülheim und Merheim mit Köln. Der rheinische Provinziallandtag hat beschlossen, die Eingemeindungsvorlage Köln-Mülheim-Merheim einstimmig zu befürworten.

Parlamentarisches.

In der Reichstagskommission für die Sonntagsruhe führte gestern ein Sozialdemokrat aus, man solle wie in England den Arbeitern schon den Samstag freigeben. Er forderte die Vorlegung weiterer Materials über die englische Gesetzgebung. Ein Regierungsvertreter sagte die Beschaffung dieses Materials zu. Ein Beschluß wurde gestern nicht gefaßt.

40 Jahre Reichstagsabgeordneter. Dem Abg. Horn, der augenblicklich wegen Erkrankung sich in Weisse aufhält, ging laut „Köln. Volksztg.“ folgendes Telegramm zu: „Zum heutigen Tage, an dem Sie vor 40 Jahren in den Reichstag eingetreten sind, spreche ich Ihnen meine aufrichtigsten Glückwünsche aus. Dr. Kaempf, Präsident des Reichstags.“ Abg. Horn ist an einem gichtischen Leiden erkrankt.

Heer und Flotte.

Oberst v. Reuter ist Mittwochnacht in Frankfurt a. d. O. angekommen und hat vorläufig in einem Hotel Wohnung genommen. Heute wird der kommandierende General des 8. Armee-Korps, General v. Rodow, in Frankfurt a. d. O. eintreffen, um dem Obersten sein Regiment Nr. 12 zu übergeben. Die Ankunft des Obersten war geheim gehalten worden, so daß nur wenige Offiziere der Garnison auf dem Bahnhof zum Empfang erschienen waren.

* Der Schnurrbart der Varbisten. Eine eigenartige Verfügung hat der kommandierende General des Gardekorps, Excellenz v. Plettenberg, erlassen: Unteroffiziere und Mannschaften sind darüber zu belehren, daß die moderne Vortracht — Abschneiden des Schnurrbartes bis auf wenige Haare unter der Nase — sich nicht für den preussischen Soldaten eignet und der Eigenart der Deutschen nicht entspricht. Diese Verfügung richtet sich gegen die nach englischer Sitte gestuhte Schnurrbarttracht, die man bisher stillschweigend geduldet hat. Im Offizierskorps hat allerdings diese Vortracht eine viel größere Verbreitung gefunden; ob auch in dieser Hinsicht „einschneidende“ Maßnahmen erfolgt sind, entzieht sich unserer Kenntnis.

Deutsche Schutzgebiete.

Kiautschau im Jahre 1913. Über die Entwicklung des Kiautschaugebietes bis zum Ende des Jahres 1913 hat das Reichsmarineamt einen Bericht herausgegeben, der einleitend bemerkt, daß ungeachtet der Wirren in China, die im Jahre 1913 gerade in dem nachgelagerten Hafenplatz Schanghai zu heftigen Ausbrüchen führten, die Entwicklung Tsingtaus in diesem Jahre eine gesunde gewesen ist. Nicht allein hat das Wirtschaftsleben der Kolonie in seinen bisherigen Zweigen betrübende Fortschritte gemacht, sondern es sind in diesem Jahre die Grundlagen zu einer weiteren Entwicklung auf ganz neuen Gebieten des Wirtschaftslebens sowie zu einer erheblichen Ausdehnung der deutschen Einflusssphäre des deutschen Ostens auf ein weiteres Hinterland gelegt worden. Aus der Denkschrift heben wir folgendes hervor: Aus dem Stadium einer reinen Handelskolonie scheint Kiautschau nunmehr in dasjenige einer ausgedehnten industriellen Entwicklung zu treten. Nach vielfährigen Bemühungen der Marineverwaltung scheint das Zustandekommen eines deutschen Eisenwerkes, an welches sich voraussichtlich weitere gewerbliche Unternehmungen anschließen werden, nunmehr Tatsache werden zu wollen. Fernerhin ist nach langjährigen Verhandlungen mit den chinesischen Behörden längst eine erhebliche Ausdehnung des Eisenbahnnetzes in dem Hinterland der Kolonie erreicht worden, die demnach nach Abschluß der noch schwebenden Einzelvereinbarungen, in Angriff genommen werden soll. Damit wird einerseits der deutschen Industrie die Aussicht auf neue, umfangreiche Aufträge eröffnet, andererseits aber dem deutschen Hafen von Tsingtau und dem deutschen Handel ein wesentlich vergrößertes, volkswirtschaftlich außerordentlich ausdehnungsfähiges Betätigungsfeld in Schantung und seinen Nachbarprovinzen erschlossen. Der Einfuhrhandel hat eine erhebliche Steigerung aufzuweisen. Weniger günstig stellt sich das Bild bei der Ausfuhr. Der Gesamtwert des Handels hat 94 761 304 Dollar gegen 80 909 420 Dollar im Vorjahr betragen. Das bedeutet eine Steigerung um 5,8 Prozent.

Ausland.

Osterreich-Ungarn.

Die „Reichspost“ über die Rüstungen Rußlands und Frankreichs. Wien, 12. Febr. Die „Reichspost“ erhält von militärischer Seite sehr bemerkenswerte Mitteilungen über Rußlands Rüstungen. In dem Artikel heißt es: Die Gerüchte über ungewöhnliche Rüstungen Rußlands verdichten sich. Schon vor Jahresfrist erging in Rußland ein strenges Verbot über die Verbreitung selbst der harmlosesten militärischen Nachrichten. Schon damals rüstete Rußland mit der Eilenfertigkeit gegen die Westfront. Im Dezember des vorigen Jahres erging der Ukas über die Zurückstellung des ältesten Präzessionsregiments, wodurch 450 000

Mann mehr bei den Waffen zurückgehalten wurden. Gleichzeitig wurde das Rekrutenkontingent um 25 000 Mann erhöht. Nunmehr ist noch ein Gesetz in Vorbereitung, das die Heranziehung aller bisher wegen Übergängigkeit vom Militärdienst befreiten zur aktiven Dienstleistung in diesem Jahre anordnet. Ferner verlautet, daß Rußland die Aufstellung von vier bis fünf weiteren Armeekorps beabsichtigt, deren Standorte zum Teil Kiew, Odessa und Wilna sein werden. Die „Reichspost“ schreibt weiter: Der Zufall will es, daß Frankreich zu gleicher Zeit fieberhaft rüstet. Man ist geradezu verblüfft, mit welcher Offenheit dort dem Meditationsgedanken gehuldigt wird. Nachdem in ersten Studien französischer Militärs zu lesen ist, daß Rußland unbedingt gleichzeitig mit Frankreich loszuschlagen müsse, wird man nicht fehlgehen, in den Verteidigungsmaßnahmen Rußlands nichts anderes als die Vorbereitung zu einem Angriffskriege zu erblicken.

Doch ein neues Korps in Galizien. Wien, 12. Febr. Die „Reichspost“ meldet, daß in Ostgalizien ein neues Korps zur Aufstellung kommt. Der Standort des Korpskommandos wird Stanislaw sein. Die erste Meldung von der Aufstellung zweier neuer Korps ist abgelehnt worden. Die vorliegende Nachricht darf als tatsächlich bezeichnet werden.

Demonstrationsumzüge der Arbeitlosen. Wien, 12. Febr. Auf Veranlassung der sozialdemokratischen Partei veranstalteten 2000 Arbeitslose heute vormittag einen stillen Demonstrationsumzug vom Schwarzenbergplatz bis zum Rathaus. Am Zuge beteiligten sich auch zahlreiche Mitglieder des Reichsrates, des Landtages und der Gemeindevertretung. Die Zugänge zum Parlament und zum Rathaus waren abgesperrt. Die Kundgebung verlief vollkommen ruhig. Um 11 Uhr löste sich der Zug störungslos auf. — Lemberg, 12. Febr. Die Polizei schritt heute gegen die Arbeitlosen ein, die in mehreren Stadtteilen Ausschreitungen verübten. Mehrere der Arbeitlosen wurden verhaftet. Die Marktplätze werden polizeilich bewacht.

Frankreich.

Das Flottenprogramm Monis. Paris, 12. Febr. Auf die an dem Marinebudget geübten Kritiken eingehend, erklärte der Marineminister Monis in der Kammer, daß die Verteidigung der atlantischen Küsten durch Unterseesboote, Küstenkrieger, Flugzeuge und Luftschiffe gesichert werden müßte, denn die Konzentration der Kräfte im Mittelmeer sei eine strategische Notwendigkeit, solange die Verhältnisse sich nicht änderten.

England.

Sammlung im Oberhaus. London, 12. Febr. Die Adreßdebatte bewegte sich im Oberhaus in derselben Richtung wie im Unterhaus. U. a. erklärte Lord Roberts es für undenkbar, daß die britische Armee zum Kampfe gegen die Freiwilligen von Ulster aufgerufen werden könne. Eine solche Aktion würde den Ruin der britischen Armee bedeuten. Der Antrag Middleton, die Homeofficefrage durch allgemeine Wahlen dem Lande zu unterbreiten, wurde mit 243 gegen 55 Stimmen angenommen. Der Beschluß des Oberhauses hat keine politischen Folgen.

Asquith und die Rüstungskosten der Wälder. London, 12. Febr. Premierminister Asquith empfing heute eine Abordnung des Parlamentarier-Komitees des Gewerkschafts-Kongresses. Asquith erklärte, er habe seine Meinung, betreffend die schweren Wälder der Rüstungs-ausgaben der englischen und der anderen sogenannten zivilisierten Völker, bereits deutlich ausgesprochen. Niemand wäre anglischer befohlen, diesem Zustand ein Ende zu machen, als die englische Regierung, aber das wahre Heilmittel läge in einer gemeinsamen Aktion der Völker selbst.

Neue Wahlkreisverhandlungen. London, 12. Febr. Die von Carnegie gestiftete Bibliothek in Rathfield bei Birmingham ist heute morgen niedergebrannt. Es scheint ein Anschlag von Anhängerinnen des Frauenstimmrechtes vorzuliegen. — Birmingham, 12. Febr. Der Tüchler im Hause des verstorbenen Chamberlain, eines Bruders des Chamberlains, fand heute morgen eine mit Pulver gefüllte Gasdröhr mit einer Randschnur; die zur Entzündung bestimmte Lampe war allerdings ausgegangen. In der Nähe lag eine Postkarte an den Minister des Innern, die aussehend von Frauenrechtlerinnen herrierte, mit der Bemerkung, daß der Kriegszustand fortbestehe.

Keine offizielle Beteiligung in San Francisco. London, 12. Febr. (Unterhaus.) In Erwiderung auf eine Anfrage, ob die Regierung sich an der Weltausstellung in San Francisco beteiligen werde, erklärte Premierminister Asquith, die Regierung habe die Angelegenheit vor kurzem auf neue beraten, habe aber ihren früheren Beschluß nicht ändern können.

Schweden.

Die Schwierigkeiten der Rüstungsindustrie. Stockholm, 12. Febr. Nachdem De Geers Versuche, ein liberales Ministerium zu bilden, gescheitert sind, hat König Gustaf heute vier Liberale zu einer Konferenz geladen in der Hoffnung, sie durch persönliche Entzifferung zur Übernahme von Ministerposten zu bewegen. Die Abgeordneten haben jedoch sämtlich den Wunsch des Königs abgelehnt und ihm erklärt, daß sie als Liberale nicht in ein Ministerium De Geers eintreten könnten.

Weitere Kundgebungen. Stockholm, 12. Febr. In den großen Restaurants von Stockholm wurden gestern die Kundgebungen fortgesetzt. Sven Hedin zog von Solal zu Lokal und hielt Reden, während man in den Räumen der Studenten, die gestern einen Kundgebungszug vor dem Schloß veranstaltet hatten, eine Sammlung für den Ankauf von Maschinengewehren veranstaltete. In der zweiten Kammer legte gestern vor vollbesetztem Hause und überfüllten Tribünen der Ministerpräsident Dokumente über den Konflikt zwischen König und Ministerium vor. Daraus geht hervor, daß der Ministerpräsident am Tage vor dem Bauernzuge den Inhalt seiner (des Ministerpräsidenten) Rede) zitierte, daß es der König über abgelehnt hat, über seine (des Königs) Rede genauere Angaben zu machen. Ferner hat der König die vertraulichen mündlichen Botschaften in dem daraus entstehenden Konflikt selbst aufgegeben und ohne Kenntnis des Ministeriums der Presse zur Veröffentlichung übergeben. Pranting, der Bauernführer, und Adam, nachdem warm für den Ministerpräsidenten Partei, der beim Verlassen des Reichstags von einer großen Menschenmenge härmlich begrüßt wurde.

Balkanstaaten.

Ein Balkanfrühling in Belgrad. Belgrad, 12. Febr. Dem von dem Ministerpräsidenten Paschitsch zu Ehren Ver-

gelos gegebenen Dejeuners wohnten sämtliche Minister sowie die Gesandten Rußlands, Griechenlands, Rumaniens und Montenegros bei.

Deutsches Kapital für Albanien. Rom, 12. Febr. Der Prinz zu Wied hatte heute eine Unterredung mit Direktor v. Gwinner von der Deutschen Bank, der mit dem Prinzen die wirtschaftliche Erschließung Albaniens besprach und die Beteiligung deutschen Kapitals an der in Albanien zu leistenden Arbeit in Aussicht stellte.

Rumänien lehnt Bündnisse ab. Wien, 12. Febr. Nach hier vorliegenden, aus besserer Quelle stammenden Meldungen sind die Bemühungen Benizelos und Paschitsch, Rumänien zum Anschluß an den Balkanbund zu bestimmen, ergebnislos geblieben. König Carol habe diesen beiden Staatsmännern wiederholt erklärt, er wünsche sein Land unabhängig und frei von Bündnissen zu sehen.

Ankauf von Kriegsschiffen durch Griechenland. Athen, 12. Febr. Die Zeitung „Nea Zitera“ erklärt, aus besserer Quelle erfahren zu haben, daß die griechische Regierung augenblicklich mit verschiedenen Staaten über den Ankauf von großen Kriegsschiffen verhandelt.

Nordafrika.

Die Bahn Tanger-Fes. Paris, 12. Febr. Die „France militaire“ meldet: Die Vorlage, betreffend ein Abereinkommen über die Eisenbahn Tanger-Fes, die von der Generaldirektion und der spanischen Regierung angenommen worden war, ist endgültig festgestellt worden und wird dem französischen und dem spanischen Parlament alsbald vorgelegt werden. Die französische und die spanische Regierung haben die endgültigen Vorarbeiten für den Bau und Betrieb der Eisenbahn Tanger-Fes, der Wege und der Reis im Hafen von Tanger zwei Finanzgesellschaften übertragen, der Compagnie Generale du Maroc in Paris und der Compagnie Generale Espanole du Maroc in Madrid. Binnen drei Monaten, von der Genehmigung des Abereinkommens durch die Parlamente ab, wird eine Aktiengesellschaft nach französischem Recht mit einem Kapital von 15 Millionen Franken unter dem Namen „Französisch-Spanische Eisenbahngesellschaft Tanger-Fes“ als Tochtergesellschaft der beiden vorgenannten errichtet werden mit dem Sitz in Meknes und der Hauptverwaltung in Paris sowie einem Vertreter in Madrid. Vierzig Prozent des Kapitals werden die spanische, sechzig Prozent die französische Muttergesellschaft zu übernehmen berechtigt sein. Im Verwaltungsrat werden sechs Spanier und neun Franzosen sitzen. Die Tracierung der Linie wird von beiden Endpunkten zugleich begonnen und schnellstmöglich durchgeführt werden.

Luftfahrt.

Eine Ballon-Fernfahrt. Witterfeld, 12. Febr. Der Ballon „Leipzig 2“, der heute vormittag über Schweden geschickt wurde, ist gestern Abend dem hiesigen Wetterwerk 2 aufgestiegen. Im Korb befanden sich drei Liegnitzer Herren; die Führung hat Herr Petschow aus Liegnitz. Beim Witterfelder Verein für Luftschiffahrt ist bisher keine Meldung über eine Landung eingetroffen.

Gefahrvolle Landung. Berlin, 12. Febr. Als gestern nachmittag der Oberleutnant Barnid vom Infanterieregiment Nr. 52 einen Übungsflug in die Umgebung des Flugplatzes Johannisthal unternahm, blieb in der Nähe des Bahnhofs Oberspree der Motor infolge eines Defektes plötzlich stehen. Da dem Offizier in dieser kritischen Situation keine Wahl eines passenden Landungsplatzes blieb, ging er in steilem Gleitflug nieder und geriet mit seinem Apparat in die Gasse des Alteschloßes. Der Sturz wurde hierdurch bedeutend gedämpft, so daß der Flieger nur mit leichten Verletzungen davonkam. Der Apparat wurde vollständig zerstört.

Erfolgreicher Versuch mit einem neuen Fallschirm. Paris, 12. Febr. Der Ingenieur Ors sprang gestern mit einem von ihm erfundenen Fallschirm aus 800 Meter Höhe aus einem von dem Flieger Leomine geleiteten Eindecker und landete nach 80 Sekunden wohlbehalten.

Ein Flug über das Laurus-Gebirge. Konstantinopel, 12. Febr. Dem Militärflieger Fethi, der einen Flug von Konstantinopel nach Kairo unternommen hat, ist es gelungen, die Höhen des Laurus-Gebirges zu überfliegen, welche die französischen Flieger nicht überqueren konnten. Er landete gestern Abend in Tarsus.

Aus Stadt und Land.

Wiesbadener Nachrichten.

— Wiesbacher Weheimer Rat v. Mandenburg, der Chespräsident der preussischen Ober-Rechnungskammer, des Rechnungshofs des Deutschen Reichs, in Potsdam, hat, wie schon kurz gemeldet, die Absicht, demnachst in den Ruhestand zu treten. Wiesbacher Geheimrat v. Mandenburg, jetzt wohl nahezu Siebziger, war früher lange Zeit Oberpräsident unserer Provinz. Er ist geborener Nassauer; sein Vater war der nassauische Hofkammerer Mandenburg und seine Mutter starb hier vor wenigen Jahren. Herr v. Mandenburg weilte fast jedes Jahr in seiner Vaterstadt Wiesbaden, auch als Kurgast, und es ist daher wohl zu hoffen, daß er seinen Lebensabend hier zu verbringen gedenkt.

— Der Zentralvorstand des Gewerbevereins für Nassau hielt gestern im Landeshaus eine Sitzung unter dem Vorsitz des Vereinsdirektors Reichsbanwalt Dr. Widel ab. Zu dem Gesellschafter über die Sonntagseruße im Handelsgewerbe, dem der Zentralvorstand im großen und ganzen zustimmte, nahm er nur in der Weise Stellung, daß er im § 1 des Gesetzes nicht bis 4, sondern bis 5 Stunden Verkaufszeit befürwortete und die Sonntagserußezeit für den Bezirk einheitlich geregelt zu wissen wünscht. Zu dem Entwurf eines neuen Patent-, Gebrauchsmuster- und Warenzeichengesetzes, worüber Landesbankdirektor Assessor Reich berichtete, wünschte der Zentralvorstand einige Abänderungen. Den vom Hausaband aufgestellten Grundrissen eines Geselechtsamtes über das Verdingungsweesen (Referent: Regierungsbaumeister a. D. Hr. Wolf) wurde im wesentlichen zugestimmt. Den Beitritt zum Hausaband, worüber Architekt Albert Wolff berichtete, lehnte der Zentralvorstand ab. Einen zustimmenden Standpunkt nahm nach einem Referat des Landesbankdirektors Reich der Zentralvorstand zu der öffentlichen Lebensversicherung in Nassau ein. Der Anstellung der Fortbildungsschul-

Hilfslehrer mit Ruhegehaltsberechtigung nach einem Probejahr stimmte, nach einem Bericht des Fortbildungsschulinspektors Kern, der Zentralvorstand im Prinzip zu und genehmigte die Anstellung eines Fortbildungsschul-Hilfslehrers in Elville und Homburg a. d. R. Annahme fand sodann der Antrag um Befreiung der Fortbildungsschul-Hilfslehrer und der mit Ruhegehaltsberechtigung angestellten Lehrerinnen an den Mädchen-Fortbildungsschulen von der Krankenversicherungspflicht. Bezüglich der Neuorganisation der Mädchen-Fortbildungsschulen war der Zentralvorstand der Ansicht, sie einheitlich zu organisieren und neue Lehrpläne aufzustellen. Schließlich wurde die Anstellung eines technischen Beamten in der Person des Diplomingenieurs Engelmann in Berlin gutgeheißen.

— Wo sind die Urnen? Ein Teil des Demminischen Besätes an der Kapellenstraße in Wiesbaden, der bekanntlich nach dem Tod Demmin in die Hände des Deutschen Schriftstellerverbands als Vermächtnis überging, wurde vor kurzem veräußert, und zwar gerade die Fläche des Parks, die das Grabdenkmal Demmin und seiner Gattin enthielt. Vorgesehen sollte der Gedenkstein auf den Teil des Anwesens, der dem Schriftstellerverband verblieb, übergeführt und die Urnen mit der Asche des Demminischen Ehepaares dort beigesetzt werden. Man war der Meinung, daß die Urnen, die Demmin und seiner Gattin Asche bergen, unter dem Gedenkstein beigesetzt seien, da dies der letztwillige Wunsch Demmin gewesen. Als der Gedenkstein aber abgehoben war, zeigte sich darunter nur massives Mauerwerk, auf welches das Denkmal gegründet war, die Urnen fanden sich jedoch nicht vor. Es liegt die Vermutung nahe, daß die beiden Urnen nach der Verbrennung der Leichen im Krematorium zu Heidelberg verblieben sind.

— Süßer im Februar. Herr W. Vogt in Sonnenberg („Kassauer Hof“) schreibt uns: „In Nr. 67 des „Tagblatts“ wird behauptet, der lehrjahre Apfelwein, von ausländischem Obst hergestellt, würde „lang und schwarz“, d. h. er würde verderben. Ich muß dem widersprechen, da ich fast ausschließlich französisches Obst gekostet habe. Der Apfelwein hat bereits ausgegoren und ist von einer tadellosen Güte und Farbe. Von „langem“ Apfelwein kann bei sachgemäßer Behandlung nie die Rede sein.“

— Ein Unfall stieß heute früh Ede Bleichstraße und Wismarstraße einem beladenen Petroleumfuhrwerk infolge dessen, als ein Kabeisplatz. Der Wagen blieb auf dem Gefälle der Straßenbahn liegen und konnte erst nach längerer Zeit durch eine Anzahl Leute zur Seite gebracht werden, ohne daß dadurch indessen ein übermäßiger Aufenthalt entstanden war.

— Gestohlen wurde gestern nachmittag in der Mauerstraße ein Fahrrad, während der Eigentümer desselben wegen Aufnahme einer Bestellung in einen Laden getreten war.

— Fremdenverkehr. Kaiserlicher Geheimrat Rechnungsrat W. B. Kachina aus Berlin-Steglitz ist im „Hotel Adler“ abgeblieben.

— Kleine Notizen. Die Nr. 7 der „Anstellungs-Nachrichten“ (so heißt jetzt, verdrängt, die frühere „Anstellungsliste“) liegt in der Geschäftsstelle des „Wiesbadener Tagblatts“ zur unentgeltlichen Einsicht offen.

Aus dem Vereinsleben.

Vereinsvorträge.

Im „Verein Frauenbildung — Frauenstudium“ sprach Dr. Adèle Reuter über das Thema: „Wie soll man ein Kunstwerk betrachten?“ In feinsinniger Weise gezielte Rednerin die Art des klüchtigen Betrachtens der Kunstwerke seitens des großen Publikums. Sie wies darauf hin, daß Geduld und guter Wille die Voraussetzung einer jeden verständnisvollen Kunstbetrachtung ist, und daß sich mit Beharrlichkeit durch intensives Sehen — „Nachschaffen“ nannte es die Rednerin — ein jeder Gesandte wandeln und verbessern läßt. Jedes Kunstwerk muß anders betrachtet werden; einmal kommt es auf den Rhythmus und Fluß der Linie, ein anderes mal auf inneren Gehalt oder äußere Form, dann wieder auf das Bildnis, die Technik oder die Stimmung des Künstlers an. Mit dem Sinnwandel darauf, auch die als deutsche und die ganze moderne Kunst unter dem Gesichtswinkel des intensiven verständnisvollen Betrachtens verstehen und nicht verständnislos ablehnen zu wollen, schloß Rednerin, die demnächst eine Reise durch Italien mit künstlerischen Einführungen und Vorträgen leiten wird, ihre interessanten Ausführungen. (Ohne Gewähr.)

Aus dem Landkreis Wiesbaden.

Die nationale Einheitschule.

— Diebisch, 12. Febr. Im gestrigen Vortragsabend der Fortschrittlichen Volkspartei, der im Schützenhofsaal bei sehr guter Beteiligung abgehalten wurde, sprach Herr Lehrer Rieder, der Vorsitzende des hiesigen Lehrervereins, über das Thema: „Die nationale Einheitschule“. Der Redner entwickelte in seinen sehr interessanten Ausführungen den Gedanken der Einheitschule, der unter dem Namen Schulbildungswesen auf der einheitlichen Grundlage der gemeinsamen Interessen für alle Schulwege durchzuführen will. Von dieser gemeinsamen Grundlage aus soll dann später der Besuch der einzelnen höheren Schularten lebhaft nach dem Gesichtspunkt der Befähigung aller Schüler ausgang sein. Der ausgesprochen soziale Zug dieses Schulreformprogrammes kommt besonders in der Forderung zum Ausdruck, die jedem befähigten Schüler ohne Rücksicht auf die Vermögensverhältnisse und dem gesellschaftlichen Stand seiner Eltern das Studium ermöglichen will. Den Ausführungen folgte nach dem Verlingen des sehr lebhaften Beifalles noch eine längere Aussprache, in der eine ganze Anzahl von Rednern sich mit den Forderungen des Referenten auseinandersetzte, und zwar sämtlich im aufbauenden Sinne. U. a. erwähnen wir auch Herrn Rektor W. Brandenstein-Wiesbaden, der die gegenwärtig durch den Frankfurter Schulstreit besonders aktuelle Frage einer mit großem Interesse aufgenommenen Betrachtung unterzog.

Nassauische Nachrichten.

— Ocht a. M., 12. Febr. Der Arbeiter Lommel, der sich in Harburg der Polizei stellte und angab, in der Nähe von Höchst einen Arbeiter mit einigen Komplizen ausgeraubt und in den Main geworfen zu haben, leidet an einer Wahnsinn. Lommel hat, wie festgestellt wurde, in Celle und in Köln die gleichen Beschuldigungen gegen sich erhoben. Die Angaben bezogen sich auf zwei andere Arbeiter, die er ermordet haben wollte. Lommel wurde damals nach Feststellung der Angelegenheit wieder aus der Untersuchungshaft entlassen.

— Oberursel, 12. Febr. Gestern mittag wurde der verheiratete Peter Döfner von Oberstedten und seine 22-jährige Tochter wegen Blutsande verhaftet und in das Amtsgerichtsgefängnis Omburg eingeliefert. Döfner ist 45 Jahre alt und Vater mehrerer Kinder. Obwohl schon jahrelang Verdachtsmomente vorlagen, fehlte doch immer die rechte Handhabe zum Einschreiten. Der Unhold begleitete das Mädchen morgens bis zur Fabrik und abends holte er es wieder ab. Das Mädchen hat schon zwei Kinder geboren, der Vater konnte jedoch in keinem Fall festgestellt werden, da das Mädchen immer angab, überfallen und vergewaltigt worden zu sein.

Aus der Umgebung.

Adam Trabert †.

— Fulda, 12. Febr. Der Dichter und Politiker Adam Trabert, ein geborener Fuldaer, ist als Hofrat dieser Tage in Wien im Alter von 92 Jahren gestorben. Trabert, der Sohn eines Messerschmieds, hat in den Jahren 1848 bis 1868 eine hervorragende politische Rolle in Kurhessen gespielt in antipreußischer und großdeutscher Richtung. Als Redakteur des Wochenblatts „Wacht auf!“ (Fulda 1849) hatte er in Spangenberg 4 Jahre Festungshaft abzusitzen. 1868 siedelte Trabert nach Wien über, trat 1872 in den Bahndienst, wo er es nach sieben Jahren bis zum Generaldirektor brachte. Als Dichter und Schriftsteller war er sehr produktiv; u. a. verfasste er: „Deutsche Gedichte aus Österreich“, das Schauspiel „Elisabeth, Landgräfin von Thüringen“, das Drama „Julian, der Abtrünnige“. (Vorher Trabert nach Wien übersiedelte, war er auch in Wiesbaden tätig, und zwar als Redakteur der damals im Verlag der L. Schellenbergischen Hofbuchdruckerei erscheinenden „Rhein-Lahn-Zeitung“. Als im Jahre 1868 der „Wiesbadener Gutenbergverein“ sein Verbandsfest „Unter den Eichen“ feierte, dichtete ihm auf Ansuchen Trabert einen schwanenartigen Prolog, der im Druck erschien und noch heute bei manchem der damaligen Teilnehmer des Festes unter Glas und Rahmen prangt.)

ht. Bad Homburg v. d. G., 12. Febr. Der „Taunuskreis“ beschloß die Erbauung einer Schutzhütte auf dem Herzberg. Die Hütte soll etwa 100 Personen Unterkunft bieten und wird 5500 M. kosten.

m. Bingen, 12. Febr. Wie der Hofmarschall des Großherzogs von Hessen dem Vorstand des hiesigen „Facilienvereins“ mitgeteilt hat, steht der Besuch des Großherzogs in Bingen in Aussicht. Zu seiner Jubelfeier wird der Verein die „Liebesmesse“ aufführen. Hierzu ist das Erscheinen des Großherzogspaares in Aussicht genommen.

× Diebstahl, 12. Febr. Bei einer in der Nähe von Bromskirchen abgehaltenen Jagd wurden acht Hirsche erlegt.

Gerichtssaal.

× Zwei Urteile. Marburg, 12. Febr. Das Schöffengericht verurteilte heute einen Studenten, der in Gemeinschaft mit seinen Freunden zu nächstlicher Stunde einen des Wegs kommenden schwächlichen jungen Mann antempele und dann, als dieser sich dieses Benehmen verbot, so mißhandelte, daß er ärztliche Behandlung in Anspruch nehmen mußte, und jetzt, nach 2 Monaten, noch an den Folgen leidet, zu 100 M. Geldstrafe. — Ein Bauarbeiter, der beim Bauarbeiterstreik sich der Bedrohung und des Koalitionszwangs gegenüber Arbeitswilligen schuldig machte, wurde zu 1 Monat Gefängnis verurteilt. — Diese beiden Urteile, die derselbe Gerichtshof in derselben Sitzung fällte, könnten als Beweis dafür gelten, daß für den Schutz der Arbeitswilligen heute schon mehr als ausreichend gesorgt ist, während es noch an dem alternativen Schutz gegen Rohheiten betrunkener unmütiger Studenten fehlt.

w. Ein politischer Beleidigungsprozeß. Gießen, 13. Febr. In dem Prozeß, den der Landtagsabgeordnete Justizrat Grünwald (Gießen) gegen den Landtagsabgeordneten Dr. Winkler (Oppenheim) wegen Beleidigung durch den Vorwurf der Feigheit angestrengt hatte, und der Widerklage wurde heute das Urteil gefällt. Dr. Winkler wurde wegen Beleidigung nach Paragraph 186 und 203 des Strafgesetzbuches in zwei Fällen zu einer Gesamtgeldstrafe von 600 M. oder 60 Tage Gefängnis verurteilt. Justizrat Grünwald wurde wegen Vergehens nach Paragraph 186 zu 100 M. Geldstrafe oder 10 Tagen Gefängnis verurteilt; außerdem wurde ihm die Publikationsbefugnis zugesprochen. Die vier mitangeflagten hiesigen Redakteure, die den beleidigenden Äußerungen Dr. Winklers Aufnahme in ihren Blättern gemahnt hatten, wurden freigesprochen. In der Urteilsbegründung wurde hervorgehoben, daß Dr. Winkler den Wahrheitsbeweis in keinem Falle erbracht habe.

Sport und Spiel.

S. Schwedische Automobilkonkurrenz. Gestern Abend fand, wie uns aus Stockholm drachlich berichtet wird, von den zur internationalen Automobilkonkurrenz in Schweden gestarteten 60 Wagen nur ein Drittel am Ziel eingetroffen. Die beste Zeit bei dem Kilometerbergrennen hat bisher der von Ekas gesteuerte Opelwagen mit 1:44 erzielt. Das Kilometerrennen auf dem Eise hat verschoben werden müssen, da anhaltendes Tauwetter die Eisbahn zerstört hat.

* Der Geländelauf. Eine der erfrischendsten und gesündesten Selbstübungen ist der Lauf in freier Natur, durch Wald und Feld, über Gräben und Bächen. Den Teilnehmern bringt er mit dem Genuß, auf weiter Erde ein ungebundener Mensch zu sein, die hohe Freude an der persönlichen Leistung. Als Trainingsmittel weiß man den Geländelauf in den angelsächsischen Ländern höchster sportlicher Kultur in allen Sportlagern zu schätzen. Man weiß dort, daß alles Spezialtraining nach ausgefüllten „Systemen“ schließlich verjagen muß, wenn man den Lauf, den natürlichsten und physiologisch unergündlichen Weg gleichmäßiger Ausbildung innerer und äußerer Organe vermeiden hat. So hören wir kaum jemals von einem großen sportlichen Ereignis, das sich drüben abspielt, ohne daß in den Trainingsberichten, die uns vermittelt werden, der Geländelauf eine Rolle spielt, mag es sich um die Boxer Johnson-Jeffries, die Ringer Gotthard-Eggowitz, um eine Fußballmannschaft, um Ruderer, Radfahrer oder sonstige Sportgroßen handeln. Das sollte allen unseren Sportleuten ein Fingerzeig sein. Die Turner sollten ihn vor allem in ihr Programm aufnehmen und ihr sonst doch recht häßliches Freiluftspiel durch in angenehmer Weise erweitern. Um dieser nützlichen Übung auch in Deutschland zu einer allgemeinen Verbreitung zu verhelfen, finden auf Veranlassung der Deutschen Sportbehörde für Athletik am 5. April an allen größeren Orten Deutschlands Geländeläufe statt, an denen sich jedermann unentgeltlich beteiligen kann. Es werden deshalb alle Turn- und Sportvereine, Jugendvereine, religiöse Vereinigungen usw. aufgefordert, sich auf den Lauf vorzubereiten und daran teilzunehmen. Die näheren Bestimmungen werden in Kürze durch besondere Ortsauskünfte bekanntgegeben, inzwischen werden alle Anfragen und Auskünfte durch Chr. Engert, Frankfurt a. M., Saalburgstraße 44, bereitwilligst erwidert.

Letzte Drahtberichte.

Der Prinz zu Wied in Wien.

wb. Wien, 13. Febr. Prinz Wilhelm zu Wied ist heute morgen aus Rom in Begleitung des Vizekonsuls Buchberger am Westbahnhof eingetroffen. Zum Empfang waren u. a. erschienen der ihm als Ehrenmitglied zugeteilte Oberst des Generalstabs Niehl, ferner einige Mitglieder der albanesischen Kolonie mit 20 albanesischen Knaben, die in Wien ihre Erziehung genossen. Nach Verlassen des Zuges begrüßte der Prinz die ihn erwartenden Herren und die albanesischen Zöglinge, die ihm eine lebhaft ovation bereiteten. Hierauf begab sich der Prinz mit Oberst Niehl in den bereitstehenden Hofwagen nach dem Hotel Imperial, wo er als Gast des Kaisers Wohnung nimmt. — Die Blätter begrüßen den Prinzen mit aufrichtiger Sympathie. Sie weisen darauf hin, daß der Prinzen eine schwere Aufgabe erwarte und wünschen, daß ihm die Mission, Albanien auf dem Wege des Fortschritts einer glücklichen Zukunft entgegenzuführen, im vollsten Maße gelingen möge.

Der Gesundheitszustand der französischen Truppen

wb. Paris, 13. Febr. Mehreren Blättern zufolge hat der Gesundheitszustand der Truppen, über welchen in der heutigen Kammerdebatte auf Veranlassung der Sozialisten eine Interpellationsdebatte stattfinden wird, namentlich in den Garnisonen an der Ostgrenze eine Verschlimmerung erfahren. In den Militärkrankenhäusern in Nancy befinden sich gegenwärtig 500, in Toul 800 und in Lunville 125 Kranke. Die „France Militaire“ meldet, daß das Kriegsministerium verschiedene Maßnahmen zur Hebung des Gesundheitszustandes in der Armee beschloffen hat, darunter bessere Heizung der Kasernen und wärmere Bekleidung der Mannschaften. Überdies sollen zahlreiche Verurlaubungen erfolgen und die schwächeren Soldaten ausgemustert werden. — Aus Algier wird gemeldet, daß die Rekruten von den Antillen, die nach Algier versetzt worden waren, weil sie in Südfrankreich massenhaft erkrankten, auch das algerische Klima nicht vertrugen.

Die sich Frankreich „trüffelt“.

* Paris, 13. Febr. Die Epidemien, die zurzeit in den französischen Garnisonen unter den Truppen wüten, haben die öffentliche Meinung Frankreichs außerordentlich beunruhigt. Um einen gewissen Trost zu haben, veröffentlicht heute das „Journal“ ein Telegramm seines Berliner Korrespondenten, der erfahren haben will, daß aus dem Gesundheitszustand der deutschen Truppen außerordentlich zu wünschen übrig lasse. Er nimmt den Mund sehr voll und erklärt, zu wissen, daß 12 000 Mann deutscher Truppen zurzeit in Lazaretten untergebracht sind.

Der Besuch des Wiener Stadtrats in Berlin im Mai.

wb. Wien, 12. Febr. In der heutigen Sitzung des Stadtrats wurde folgender Beschluß gefaßt: Der Stadtrat nimmt dankbar die Einladung der Berliner Stadtvertretung an und wird ihr im Mai Folge leisten. Ferner wurde beschloffen, die Breslauer Gemeindevertretung einzuladen, daß sie im Frühjahr oder im Frühsommer der Gemeinde in Wien einen Gegenbesuch abstattet.

Die Veröffentlichung des Urteils gegen den „Vorwärts“-Redakteur.

S. Berlin, 13. Febr. (Eig. Drahtbericht) Das Abgeordnetenhaus beschloß heute mit dem Antrag seiner Geschäftsordnungskommission, die dem Hause vorlag, das Urteil gegen den wegen Beleidigung des Abgeordnetenhauses zu 6 Wochen Gefängnis verurteilten Redakteur des „Vorwärts“ Albert Wachs im „Vorwärts“ und im „Reichsanzeiger“ veröffentlicht zu lassen. Nachdem der Berichterstatter mündlich Bericht erstattet hatte, ergriff der Abgeordnete Dr. Viehnecht das Wort. Er sagte u. a.: „Auch wir sind der Ansicht, daß dieses Urteil nochmals publiziert wird, und zwar auch im „Vorwärts“. Es kann nicht oft genug daran erinnert werden, welche traurigen Vorgänge sich in diesem Hause abgespielt haben. Es ist notwendig, diese Vorgänge immer und immer wieder der Vergessenheit zu entreißen, und zwar bitte ich das Urteil möglichst mit seiner Begründung zu publizieren.“ Sodann wurde der Antrag der Geschäftsordnungskommission nahezu einstimmig angenommen.

Neue Gesetze für Elsaß-Lothringen.

Straßburg, 13. Febr. (Eig. Drahtbericht) Die Elsaß-lothringische Blätter mitteilen, soll die Reichsregierung beabsichtigen, in diesem Jahre noch dem Reichstag das schon früher erwählte Gesetz über das Vereins- und Versammlungsrecht in Elsaß-Lothringen und ferner einen Gesezentwurf, der sich gegen die in Elsaß-Lothringen in französischer Sprache erscheinenden Zeitungen richtet, vorzulegen.

Zu dem Neubau eines Reichsarchivs.

S. Berlin, 13. Febr. (Eig. Drahtbericht) Die Budgetkommission des Reichstags erledigte heute die Petitionen zum Marineetat und wandte sich dann der zurückgestellten Forderung für den Neubau eines Reichsarchivs zu. Bekanntlich ist geplant, daß das Reich zusammen mit Preußen den Neubau errichten soll. Dagegen erhoben sich aber Bedenken, und auch heute in der Kommission erklärten namentlich die Sozialdemokraten und die Zentrumsabgeordneten sich gegen jede Eigentümmergeinschaft zwischen dem Reich und Preußen. Die Abstimmung wurde auf Dienstag vertagt. Über eine Petition, die Parsifal-Aufführungen im Reisspielhaus zu Wahrenth von nun ab von Reich wegen zu unterstützen, ging die Budgetkommission zur Tagesordnung über.

Diebstahl bei einer Luftschifferkompanie.

wb. Düsseldorf, 12. Febr. Eine Kassette, in der sich 1200 Mark befanden, ist aus dem Badlokal der hier in Garnison liegenden Kompanie des dritten Luftschifferbataillons gestohlen worden. Man versichert, daß es sich auf keinen Fall um Spionage handeln könne. Die in Frage kommenden Wachmannschaften wurden vorläufig festgenommen. Sie bestreiten, von dem Diebstahl irgend etwas zu wissen.

